

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

(sowie der Zentral-Frankenkasse der Maurer, Glaser (Weißbinder) und Stuckateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“).

Das Blatt erscheint zum Sonntagabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stanning, Hamburg.

Redaktion und Expedition:
Hamburg, St. Georg, Brunnenstraße 11, 1. Etage.

Bereits-Abgegebene
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 80. A.
Beilags-Preisliste Nr. 3202.

Inhalt: Witwen- und Waisenfürsorge und ein sozialpolitischer Schwindel der Zentrumsparlei. — Befähigungsnachweis für das Baugewerbe. — Mauererbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen. Versammlungen und sonstige Bewegung. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiteraus, Submissionen etc. — Aus Unternehmerkreisen. — Aus anderen Berufen. — Gewerliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. Zentralverband der Maurer. — Zentral-Frankenkasse. — Continuum. — Anzeigen.

Witwen- und Waisenfürsorge und ein sozialpolitischer Schwindel der Zentrumsparlei.

III.

Der Zentrumsantrag geht von der Voraussetzung aus, daß der neue Zolltarif Mehrbeträge in der benötigten Höhe abwerfen müsse. Eine völlig haltlose Voraussetzung. Am 13. Dezember 1899 erklärte im Reichstage der preussische Finanzminister Dr. v. Miquel unter lebhaftem Beifall der Konservativen: „Die Getreidebölle sollen doch den Zweck haben, die Landwirtschaft in den Stand zu setzen, in entschlossenerem und nachdrücklicherem Maße als bisher den eigenen heimischen Bedarf an Getreide selbst zu produzieren (Sehr richtig! rechts.), was naturgemäß zu einer Verminderung des Imports und zugleich zu einer Verminderung der Einnahmen aus den Getreidebölle führen müßte. (Sehr richtig! rechts.)“

Herr v. Miquel war ein sehr kluger Mann, ein wirkliches Finanzgenie, das sich auf's Rechnen und Schätzen verstand.

Es ist budgettechnisch und staatswirtschaftlich an sich schon ein Unsinn, bestimmte Einnahmen für bestimmte Ausgaben gesetzlich festzulegen. Geradezu grotesk aber wird dieser Unsinn dann, wenn es sich um Einnahmen aus Zöllen und indirekten Steuern handelt, deren Ertrag niemals voraus festgestellt werden kann, der von verschiedenen durchaus unsicheren Umständen, hauptsächlich von dem Grade der Konsumfähigkeit der Massen, abhängt. Die Erfahrung lehrt, daß da oft sehr erhebliche Differenzen entstehen können. Besonders die Erträge der Getreidebölle sind in hohem Grade schwankend, sie hängen sowohl vom Ausfall der Inlandsernte wie von dem der Auslandsernte resp. von der Einfuhr ab. Schon jetzt haben wir mitunter Differenzen zwischen dem Voranschlage und dem Ertrage dieser Bölle von fast vierzig Millionen gebabt.

Noch bedenklicher erscheint die Sache, wenn man den Charakter und die sicheren Wirkungen des neuen hochschutzzöllnerischen Zolltarifs ins Auge faßt.

Dieser Tarif, mit seinen Lebensmittelmörserszöllen an der Spitze, hat, wie die Agrarier oft genug offen ausgesprochen haben, die Tendenz, Deutschlands Landwirtschaft und Industrie gegen die Konkurrenz des Auslandes möglichst abzuschießen. Die Agrarier wollen durch künstliche Erhaltung der Einfuhr von Getreide, Vieh etc., deren wir zur Volksernährung in hohem Grade bedürfen, erschweren und verhindern, um sichere Profite einzufahren, die Preise der inländischen Produkte auf wucherischer Höhe halten zu können. Der neue Tarif ist eine wirtschaftliche Kriegserklärung an das Ausland, das an möglichst günstiger Einfuhr seiner Produkte in das Deutsche Reich ein erhebliches Interesse hat. Und der wirtschaftliche Krieg wird in vollster Schärfe ausbrechen, wenn der Tarif Gesetz werden sollte. Das Ausland wird, wozu es schon die Vorbereitungen getroffen hat, zu Repressalien gegen Deutschland greifen.

Nun erwäge man wohl, daß unsere Industrie und unser Handel in stetig wachsendem Maße auf das Ausland, auf den Weltmarkt angewiesen sind,

um bestehen und sich entwickeln zu können. Ganze Industrien mit Hunderttausenden von Arbeitern sind vorzugsweise oder völlig auf den Export angewiesen; sie werden zerrüttet und lahm gelegt, wenn das Ausland — besonders Amerika, Rußland, Oesterreich, welche die Hauptinteressenten der Getreideeinfuhr nach Deutschland sind — sich revanchiert und gegen unsere Industrieprodukte mit hohen „Schutzzöllen“ oder gar Einfuhrverboten vorgeht. Und das will das Agrarierthum herbeiführen mit seiner „Schutzzollpolitik“. Es großt der Industrie; es will nicht, daß Deutschland immer mehr Industriestaat wird, weil dadurch der politische und wirtschaftliche Einfluß des sich als „Landwirtschaft“ aufspielenden Junkerthums erschüttert und gebrochen wird. Es widerstrebt der Entwicklung der Industrie; es will die Industrie ruinieren, unbekümmert darum, daß die Arbeiter dem äußersten Elend überantwortet werden.

Das Eintreten einer verheerenden industriellen Krise würde die nächste Folge des Zollkriegs sein, was gleichbedeutend ist mit Massenentlassungen von Arbeitern und Gerabsetzung der Arbeitslöhne etc. Zunächst würde die Krise die Exportindustrie ergreifen, in unmittelbarer Folge auch alle die Gewerzweige, welche für das heimische Bedürfnis arbeiten, zuletzt mit das Bauwesen, das von jeder wirtschaftlichen Zerrüttung ja immer in erster Linie mit betroffen wird. Der Ausfall an Konsumfähigkeit, der durch Arbeitslosigkeit der Arbeiter der Exportindustrie erzeugt wird, würde ohne Weiteres eine entsprechende Einschränkung der Produktivität der für den heimischen Bedarf in Betracht kommenden Industrien bewirken. Und diese Einschränkung würde sehr schnell immer weitere Kreise ziehen, bis die Gesamtindustrie und mit ihr der Handel völlig darniederliegt und die Millionen der Arbeiter das nothdürftigste tägliche Brod nicht mehr erwerben können.

Wird Jemand wagen, zu behaupten, daß die Konsequenz dieses Unheils nicht einen ungeheueren Ausfall an den Einnahmen aus den Zöllen und indirekten Steuern sein würde? Und da wagt man scheinbar ernsthaft die „Ueberrassungen“ der Lebensmittelszölle für eine Witwen- und Waisenfürsorge in Anspruch zu nehmen! Hierzu kommt, daß die Lage der Reichsfinanzen eine sehr schlechte ist und nach sicherem Ermessen noch viel ungünstiger werden wird.

Das Deutsche Reich trägt eine ungeheure Schuldenlast, die immer mehr der dritten Milliarde sich nähert. Die Defizitmisere hat sich eingestellt, und um sich mit ihr abzufinden, hat neue indirekte Abgaben auf Tabak und Bier in Aussicht gestellt.

Aber angenommen, es würde möglich sein, den geschilderten Krisenzustand zu verhüten, so würde die vom neuen Zolltarif bewirkte ungeheure Vertheuerung der nothigsten Lebensmittel die Arbeiter zwingen, ihre so wie so schon ungenügende Lebenshaltung noch weiter zu verschlechtern. Abgesehen davon, daß daraus auch ein Niedergang der Industrie und des Handels sich ergeben würde, könnten die verwüstenden Wirkungen der Lebenshaltungsverschlechterung auf die physische Existenz und moralische Qualifikation der Arbeiter in Betracht. Schon unter sogenannten „normalen“ wirtschaftlichen Verhältnissen hat der beschäftigte und gelohnte Arbeiter mit Entbehrungen aller Art, mit Noth und Elend sich abzufinden. Wir haben erst kürzlich festgestellt, daß die Masse der Arbeiter zu einer Unterernährung verurtheilt ist, wodurch im Zusammenhang mit rücksichtsloser Ausbeutung seiner Arbeitskraft seine Gesundheit gefährdet, seinem Leben ein frühes Ende bereitet wird. Das Durchschnittsalter der deutschen Arbeiter

beträgt kaum 35 Jahre; sie werden hingeropfert vom kapitalistischen System. Siegt die agrarische Volksausnährungs-Politik, die das Zentrum unterstützt, so wird die Biffer der Arbeitersterblichkeit furchtbar anwachsen; Tausende von Arbeitern werden, Witwen und Waisen hinterlassend, von dieser Politik durch die Geißel des Hungers hingeropfert werden. Wenn sie sich das nicht schaffgebulbig gefallen lassen, wenn sie höhere Löhne fordern, um die Schädigungen dieser Politik wenigstens einigermaßen ausgleichen zu können, wird man sie als „revoltebegehrliche Kanaille“, als „Rebellen“ gegen die heilige „Ordnung“ behandeln. Mögen sie elend verderben und sterben — das fromme, das „christliche“ Zentrum, die „Leibgarde des Stellvertreters Gottes auf Erden“, die „Christenthum“ und „Religion“, „Moral“ und „Nachstenliebe“ im Munde führt, hat einen Trost für sie: es will ihre Witwen und Waisen versorgen von dem Blutgeld, das die Schutzzollpolitik aus den Arbeitermassen herauspresst!

Das ist des Zentrums „ausgleichende Gerechtigkeit“, der nach alter Mythe der Menschen Leben und Sterben fordert für vorgetäuschten Vortheil.

Um diesen Preis verzichten die deutschen Arbeiter auf eine Witwen- und Waisenfürsorge.

Sie fordern diese Fürsorge als ihr gutes Recht, aber auf einer gerechten und sicheren Basis, und eine solche wird nur gegeben mit einer progressiven Einkommens- und Vermögenssteuer. Davon aber wollen die maßgebenden „Staatserkaltenden“ Parteien nichts wissen.

Im Reichstage haben die Konservativen erklärt, daß sie einer Belastung der „Landwirtschaft“, d. h. der großen Grundbesitzer, zu Gunsten der Witwen und Waisenfürsorge niemals zustimmen würden. Und das Zentrum ist damit einverstanden. Wenn noch aber nöthig gewesen wäre, den „sozialpolitischen Verfall“, die „Arbeiterfreundlichkeit“, deren das Zentrum sich rühmt, als sozialen Schwindel erkennbar zu machen, so ist das jetzt geschehen durch seinen hier erbrachten Antrag.

Befähigungsnachweis für das Baugewerbe.

Die Zeit der fünfteiligen Verhandlung ist wieder gekommen. Auf jedem solchen Tage plabieren nun schon seit vielen Jahren die Wortführer der Innungsämter, sich nämlich als „Vertreter des Handwerks“ gerierend, für die Einführung des Befähigungsnachweises, und zwar des obligatorischen, als dornenreichste Institution der angeordneten obligatorischen Zwangsinnung. Darin bereist sich für die Innung und ihre realistischen Protektoren, die konfessionellen, ultramontanen und antisemitischen „Mittelstands-politiker“, die Stellung des Handwerks. Diese Protektoren wissen ganz genau, daß sie Summa und Treiben; sie haben unter den Handwerkern ein schälimmes Vorurtheil, um dieselben bei den Wahlen als „Stimmvieh“ zu benutzen. Die verschiedenen Regierungen haben seither gegenüber der Befähigungsnachweis-Forderung sich ablehnend verhalten. Grund genug für die fünfteilige Presse, ihnen gelegentlich gehörig den Satz zu lesen, dessen Sinn ist: die Herren vom Regiment wissen nicht, was dem Handwerk frommt; sie sind gleichgültig gegen die Interessen des Handwerks und stehen mit solcher Gleichgültigkeit der Sozialdemokratie Vorfuß. Die Innung sind undankbare Kreaturen. Das sagen sie denselben Regierungen, die seit zwanzig Jahren der fünfteiligen Befähigungsnachweis-Konzeption gemacht haben und die nur vor der äußersten Konzeption, vor der obligatorischen Innung mit dem Befähigungsnachweis, zurückschrecken, weil sie überzeugt sind, daß dieses Experiment das Handwerk ungewogen schädigen müßte.

Auch zu jüngerer Zeit wieder hat die fünfteilige Presse öfter die Reichsregierung in dieser Weise angegriffen. Es sei daran erinnert, wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung vor einigen Jahren (20. August 1895) in einem hochschallenden Artikel diese Presse charakterisiert hat. Da steht es:

Die behaupten das Vorgehen der fünfteiligen Presse aus

hoch Ausländer beschäftigt, die nach Leipzig geredet, ziemlich hoch ist, jedoch in Bezug auf Arbeitsleistung nur sehr gering zu veranschlagen ist. Zum Beispiel sind in 6 Arbeitslägen noch „Arbeitswilligen“ und einem Berliner 25 000 Steine in der Kalksteinschmelze verarbeitet worden. Die Streikenden sind deshalb nicht verzagt und hoffen noch auf Erfolg. Die Beschloffenen ihrer Generalversammlung einstimmig nachfolgende Resolutionen: Die am 24. August in der Zentraloberberge tagende Generalversammlung beschließt, den Streik so lange weiterzuführen, bis die Unternehmer eines Beschlusses fecht und zur Einigung bereit sind; wenn sie erst die Forderung: Unterabzahlung auf Grund der vorgelegten Tarifes, für gerechtfertigt und wird auch weitere Unterabzahlung, welche die Unternehmer dem Gewerkschaft gegeben haben, als nicht der Wahrheit entsprechend, sondern sie tauschen

nur darauf berechnet sein, die Öffentlichkeit zu täuschen. Die Versammlung erklärt sich nach wie vor zur Unterhandlung bereit. Alle Kollegen werden ersucht, für strenge Verhinderung des Zuganges zu sorgen.

Die Magdeburger Kollegen hatten über die Bauten der Unternehmern Krübel & Socher die Sperre verhängt, weil von den beiden Herren der Lohnmangel der Arbeiter nicht anerkannt wurde. Unsere Kollegen haben einen raschen und vollen Erfolg erzielt. Bisher mußte einer der Vertrauensmann, Kollege Schleue, es über sich ergehen lassen, auf Anstiften der Unternehmern von einem Kriminalschutzmännchen verhaftet zu werden. Schleue ging einige Tage Morgens an den gesperrten Bau, um die dortselbst arbeitenden Maurer über die Sachlage aufzuklären. Am Mittwoch, Morgens gegen 7 Uhr, hatte Schleue kaum „Guten Morgen, Kameraden!“ gesagt, als ein Kriminalschutzmännchen auf Schleue trat und den „Sünder“ für verhaftet erklärte! Auf der Eubenburger Polizeiwache wurde ihm erklärt, er könne sich ruhig häuslich einrichten, da er jedoch nicht in der Lage sei, die Wohnung zu verlassen. Schleue wurde, eine Anweisung, die der Inhaftierte durchaus nicht theilte. Auch der herbeigeholte Kommissar schien nicht der Ansicht zu sein, daß die Sperre ausnahmsweise, die sein Erscheinen auf dem genannten Bauplatz rechtfertigte, wurde er wieder entlassen. Als förmlicher Mensch unterließ es der Freigelassene nicht, sich unverzüglich bei Herrn Socher wieder vorzustellen. Nach diesem kleinen Intermezzo begab sich Sch. direkt zum Bahnhof und kam gerade noch zur rechten Zeit, um zwei Maurer, die Herr Krübel für seinen Bau engagiert hatte, über die Situation aufzuklären und zu überzeugen, daß es nicht angebracht sei, die Arbeit unter den obwaltenden Verhältnissen aufzunehmen. Herr Krübel schloß sehr augerückt, als er sah, wie Sch. mit den beiden Maurern von dannen zog. Raum war aber Schleue eine Weile gegangen, als er sich wieder angehalten sah. Fünftens Anstiften stand Herr Krübel in Begleitung eines Schutzmännchens vor ihm. Da die angeregten Maurer auf die Frage des Gesetzeswächters, ob sie belästigt worden seien, mit „Nein“ antworteten, erklärte der Schutzmännchen seinem Auftraggeber, daß zu einer Verhaftung keine Ursache vorliege. Auch Herr Krübel mußte mit einer langen Nase davonziehen. Die Folge war, nachdem der Herr Krübel in Eubenburg angekommen war, eine kurze Konferenz, als deren Ergebnis die Anerkennung des Lohnmangels anzuweisen ist. Nach Schluß der Redaktion wird uns aus Magdeburg berichtet, daß Krübel & Socher die Vereinbarungen nicht innegehalten haben. Die Sperre ist auf's Neue verhängt. Kollege Schleue, der am Montag Morgen wiederum an den Bau in der Wolfenbüttelestraße ging, um sich von dem Vorbruch der Unternehmern zu überzeugen, wurde abermals verhaftet. Auch diese neuerliche Verhaftung erscheint uns völlig unverständlich. Wir sind überzeugt, daß Schleue sich keiner Gesetzesübertretung schuldig gemacht hat. — Die Sperre über die Apell'schen Bauten ist noch in Kraft.

Die Wieseler Kollegen haben die Bauten des Unternehmers Rarchoff gestoppt. In einer öffentlichen Versammlung am 26. August wurde die folgende über die Mißstände am Theaterbau berichtet: Der Parlier Rarchoffmann sei sehr häufig betrunken und es sei nur natürlich, wenn die dort arbeitenden Maurer, welche alle ihre Pflicht und Schuttpflicht in vollem Maße gethan haben, darüber außerordentlich empört sind, daß der Betriebsleiter den Parlier mit so lauter Stimme, daß es alle hören konnten, die Anweisung gab, immer nur rauszuschreien, wer nicht genug arbeite. Das ist keine Verhandlungsweise für erwachsene Männer, für Wieseler Bürger, noch dazu bei einem Baue, der von den Steuergrößen der Wieseler Bürger aufgeführt wird. Auch wurde angeführt, daß, trotzdem die am Theaterbau beschäftigten Maurer auf's äußerste angestrengt würden und auch durchaus leistungsfähig wären, dennoch nur einer Mindesterlohn von 45 A gezahlt werde, während die meisten 44 A, ein Theil sogar nur 43 A erhalten hätten. Auf die Widerspruch hierüber war der Parlier zunächst — bereit. Auf alle diese Beschwerden war die Versammlung einmütig der Ansicht, daß gegen Rarchoff'schen Bauern vorgegangen werden müsse. Und da nach der Arbeitsniederlegung der Maurer am Theaterbau und an den anderen Rarchoff'schen Bauten schon Anhalten, getroffen worden waren, den Theaterbau von dort aus zu belegen, so beschloß die Versammlung einmütig, die Sperre über alle Rarchoff'schen Bauten zu verhängen. Im Streik befinden sich 67 Kollegen.

In Barmen arbeiteten in der verflochtenen Woche 109 Gesellen und 5 Arbeiter bei 13 Unternehmern zu den neuen Bedingungen. Die Zahl der „Arbeitswilligen“ „Gesellen“ ist auf 201 gestiegen. Diese „Arbeitswilligen“ sind aber nach Schätzung der Streikenden nur knapp zur Hälfte Maurer, sondern Leute, die in normalen Zeiten als Handlanger auf den Bauten arbeiten. Abgesehen resp. anderweitig untergebracht sind 264 Streikende. Die Polizei thut ihr Möglichstes, die Unternehmern zu unterstützen. Diese haben wiederholt beschlossen, von auswärts Streikbrecher heranzuschicken, es ist dies aber bisher noch nicht recht gelungen. Eines Morgens trafen neun Maurer mit der Eisenbahn ein und wurden von einer Anzahl Unternehmern unter der üblichen polizeilichen Bedeckung in Empfang genommen. Den Streikenden gelang es aber, trotz „Einschleusen“ der Polizei, fünf der Zugereisten den Unternehmern abzurufen zu machen; die übrigen vier wurden mit einer vierköpfigen „Gartenlaube“ nach Unterbarmen geführt, einer sprang jedoch noch unterwegs aus dem Wagen und ging zu den Streikenden. Am Freitag kam es zu einem gewaltthätigen Aufruhr, welcher von den „Arbeitswilligen“ inszeniert wurde. Unser Kollege Jüntersfeld wurde von einem acht Mann starken Krupp „Arbeitswilligen“ überfallen. Obgleich Polizei zu Stelle war, hielt sich es doch nicht für nötig, einzuschreiten. Da Jüntersfeld sich gegen die Uebermacht nicht wehren konnte, ergriß er die Flucht, wurde jedoch verfolgt und von der Polizei noch obenrein verhaftet. Am anderen Morgen wurde er dem Untersuchungsrichter vorgeführt, einem strengen Verhör unterzogen und darauf entlassen. — Die Unternehmern von Barmen-Elsfeld und Umgebung wollen nun einen Schutzbund gründen, um den Arbeitern das Streiken ein für allemal abzugewöhnen.

In Wostwinkel werden die Bauten alle Tage von der bestellten Gendarmerie „kontrolliert“, jedoch nicht, wie naiver Leser annehmen könnte, um den Bau gut Geheiß und die Anbringung recht notwendiger Schutzbauvorrichtungen zu veranlassen, sondern um die „Arbeitswilligen“ vor den Mäulen der Streikenden zu schützen. Den Streikenden ist der Zutritt zu den Baustellen unterzogen, ja, sie sollen sich nach dem Beschluß

der Polizei schon dann strafbar machen, wenn sie sich mit den „Arbeitswilligen“ durch Winken zu verhandigen suchen. Einer der Gesetzeswächter drohte, wenn er einmal zehn Mann zusammengebracht hätte, dieselben niederzureiten. Die Streikenden werden von den Unternehmern aufgehetzt, die Streikenden zu verhöhnen, um sie zu Gewaltthaten zu provozieren. Damit werden die Probotatene aber kein Glück haben. Die Unternehmern sollen an der Kasse der Streikenden verweigern. — Von den 106 Kollegen, die in den Streik eintraten, sind nur noch wenige am Orte. Wenn es gelingt, fernherhin den Zug zu fern zu halten, dürfte an dem Sieg der Kollegen nicht zu zweifeln sein.

Aus Köln wird uns geschrieben, daß die Zahl der Streikenden bedeutend kleiner geworden ist als in der vorigen Woche: 83 sind zu den neuen Bedingungen in Arbeit getreten und 129 zu Streikbrechern geworden, während 18 abtraten. Die Situation ist im Allgemeinen als eine günstige zu bezeichnen. In der nächsten Zeit wird eine größere Anzahl Bauten angefangen, und zwar von Unternehmern, die, ohne großen Widerstand zu leisten, bewilligen werden. Einige halsstarke Immungsmänner werden dann mittelst Sperren müde gemacht werden können. — Zu berichten ist noch, daß der Schutzmännchen, von dem wir in voriger Nummer berichteten, nicht gelagt haben will: „Ja, das dürfen Sie, das thun Sie“, sondern er will, nachdem er den Streikenden einige Male aufgefordert habe, fortzugehen, zu diesem in warnendem Tone gesagt haben: „Sehen Sie, wenn Sie jetzt noch einmal hingehen, dann geschieht Ihnen ganz recht“. Also dann dürfte immerhin — nach Ansicht des Schutzmännchens — der Streikbrecher mit Steinen werfen.

Versammlungen und sonstige Bewegung.

Am Mittwoch, den 27. August, fand in Kasselberg (Ergelberg) zum ersten Male eine öffentliche Maurerverammlung in Kaden's Restaurant statt. Das Lokal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Kollege Verhoff-Belzig eröffnete über: „Die Nothwendigkeit der Organisation“. Der Referent verstand es, den anwesenden Maurern den Zweck und Nutzen der Organisation warm an's Herz zu legen. Der Erfolg war, daß nach Schluß der Versammlung sich viele Kollegen in den Zentralverband aufnehmen ließen. Von den anwesenden Kollegen wurden Geisert und Friedel-Königsballe als Vertrauensmänner in Vorschlag gebracht, die sich auch bereit erklärten, das Interesse der Kollegen zu wahren. Wüben die neuen Kollegen jederzeit das Banner der Organisation hochhalten, es wird uns zum Sieg verhelfen.

In Berlin fand am Sonntag, den 17. August, eine gut besuchte Versammlung der Schöner Zementier bei Mühlmann, Brunnenstr. 188, statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Unsere Lohnbewegung“ war Kollege Frick als Referent erschienen, und erzielte derselbe seinen Vortrag unter großem Beifall der Versammlung in glänzender Weise. Zum Schluß forderte der Referent die anwesenden Kollegen auf, sich durch Anschließung an die Organisation eine bessere Lage zu verschaffen und zu agitieren, um den noch herrschenden Mißverhältnissen unter den Kollegen auszuweichen. In der Diskussion beteiligten sich die Kollegen recht reg und schloß der Vorsitzende die Versammlung um 11 Uhr.

Am Sonntag, den 17. August, fand in Brome eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt zwecks Gründung einer Arbeitsstelle des Zentralverbandes der Maurer. Kollege Busch aus Magdeburg hielt einen Vortrag über Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsorganisation. Es waren 70 Kollegen erschienen, u. A. auch der Zimmermeister Schröder. Dieser versuchte die Kollegen vom Verbands zurückzuführen; er erklärte, wenn „seine“ Leute, sich dem Verbands anschließen, würde er seine Zimmerstrecke auf ein Jahr schließen. „Seinen“ Leuten ginge es sehr gut bei dem Lohn von M. 2.50 bis M. 2.80 und 10 stündiger Arbeitszeit. Der Referent ging mit Herrn Schröder scharf in's Gericht und stellte am Ende die Frage, ob er mit einem solchen Lohne auskommen könne. Schröder erklärte, daß er mit 35 A nach Brome gekommen sei und ein großes Kapital zusammengehäuft habe. Der Referent führte der Versammlung nochmals vor Augen, daß gerade durch die Ausführungen des Herrn Schröder die Nothwendigkeit der Arbeiterorganisation begründet werde. Daß die Arbeiter viel zu wenig Lohn erhalten, beweise der Reichthum des Meisters. Trotz der Drohung Schröder's ließen sich 12 Kollegen in den Verband aufnehmen und viele versprochen, später dem Verbands beizutreten, weil sie sich scheuten, da Schröder bis zum Schluß der Versammlung beizutreten.

Die Zahlstelle-Kanzlar hielt am Sonnabend, den 16. August, ihre Mitglieder-Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stand unter anderen wichtigen Punkten ein Vortrag des Kollegen Zaubel aus Böckig über: „Das Koalitionsrecht in der Praxis“. Redner entlegte sich seiner Aufgabe vor vollstem Zufriedenheit der Versammlung. Weiter war auch diese, wie alle anderen, sehr fruchtbar. Der Bericht über die Statistik entwickelte ein so trauriges Bild hiesiger Verhältnisse, daß die Kollegen besser daran thun würden, in den Versammlungen zu erscheinen, um darüber zu verhandeln, wie sie ihre erbärmliche Lage verbessern können, als in den Spelunken am Markte die Zeit zubringen. Es sei hier nochmals daran erinnert, daß jedem Kollegen die Anwesenheit an den Versammlungen zum Jahresschluß in dem Mitgliedsbuch quittiert wird.

In Dantzig tagte am 24. August im Vereinslokal in der Brodmarktstraße eine Mitglieder-Versammlung des dortigen Zweigvereins. Der Kassier verlas die Abrechnung des zweiten Quartals, dieselbe ergab eine Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse von M. 324.74, für die Lokalasse eine Einnahme von M. 328.45 und eine Ausgabe von M. 187.16, Kassensolvenz M. 138.29. Da ein Einspruch gegen die Abrechnung nicht erhoben wurde, wurde dem Kassier Rechnung erteilt. Dann wurde an Stelle eines abgereisten Mitglieds der Kollege Martin Hahn einstimmig als solcher gewählt. Hierauf ergriß der Vorsitzende das Wort zu einem sehr reichen Vortrag über die christlichen Gewerkschaften. Die Ausführungen des Redners wurden mit großem Beifall von den Kollegen aufgenommen. Dann wurde über die Gründung eines ständigen Tragerkorps bei Beerdigungen und eines dazu gehörigen Fonds diskutiert. Der Vorsitzende legte der Versammlung dar, daß kein Kollege den halben Tag verlaufen könne, wenn er nicht entschädigt werde. Es-müßte jedes Mitglied 10-15 A pro Quartal extra beisteuern. Eine lebhafteste Diskussion führte zu keinem Resultat. Die Angelegenheit wurde zur nächsten Versammlung vertagt. Mit einem kräftigen Schlußwort des Kollegen Grünhagen erfolgte Schluß der ziemlich besuchten Versammlung.

In Dessau fand am Mittwoch, den 18. August, in Blechers Gesellschaftshaus eine öffentliche Maurerverammlung statt, in welcher Kollege Silberstein-Berlin über das Thema sprach: „Warum nicht sich die Arbeiter gewerkschaftlich organisieren?“ Redner betonte zu Anfang seines Vortrages, wenn er das Wort gewerkschaftliche Organisation im Vortrage öfter erwähnte, nicht etwa zu folgern sei, daß er die politische Organisation zurückgelegt wissen wolle, sondern es sei Pflicht der Arbeiter, auch der politischen Organisation anzugehören. Dann schilderte Redner in eingehender Weise die Entstehung der deutschen Arbeiterbewegung, er zeigte, welche Hindernisse von den verschiedenen Regierungen und Behörden den Arbeiterorganisationen in den Weg gelegt wurden. Des Weiteren verbreitete sich Redner über die Errungenschaften der Arbeiterorganisationen auf wirtschaftlichem und politischem Boden. Diese Erfolge dürften uns aber nicht täuschen lassen in der Agitation, sondern wir müßten immer wieder versuchen, neue Mitglieder zu gewinnen, unsere Ideen weiter auszubreiten und zu befestigen. In eindringlicher Weise forderte Redner die Anwesenden auf, feste Mitglieder des Verbandes zu werden und die politische Organisation und Presse nicht zu vergessen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse seien doch am schmerzlichsten, wo die Organisationen am schwächsten sind. Redner gibt einige Beispiele, wie die Agitation am besten betrieben werden kann; die kameradschaftliche Solidarität dürfe nicht aus dem Auge gelassen werden. In der darauf folgenden Diskussion wurde nichts Bemerkenswerthes gesagt. Es scheint, als wenn infolge des Arbeitsmangels keiner sich vor dem anderen traute, ein Wort von den Lohnforderungen, schlechter Behandlung zu sagen, von den Bauhandarbeitern ganz zu schweigen. Kollegen, je ruhiger und angestlicher wir sind, desto dreister und trübsender werden die Unternehmern. Eines wollen wir noch erwähnen. Viele Kollegen sind jetzt gezwungen, anderswo Arbeit zu suchen, so auch solche Kollegen, denen man bisher umsonst predigte, sich der hiesigen Zahlstelle anzuschließen, dem Verband beizutreten. Jetzt aber, vor der Krise, sind sie bemüht, ihre lange reichenden Beiträge zu begleichen, oder sich aufnehmen zu lassen. Vielleicht wohl bloß darum, um in anderen Orten nicht gleich zu „rauh-beinigen“ zu erscheinen. Offenlich bezeichnen es die Kollegen in diesen Orten besser, den Kollegen etwas eindringlicher begreiflich zu machen, welche Nothwendigkeit es ist, dem Verbands anzugehören und treu zu bleiben.

In Elbing fand eine gut besuchte Maurerverammlung am Donnerstag, den 21. August, im „Gemeinschaftshaus“ statt. Kollege Krieke sprach über: „Die Nothwendigkeit der Organisation“. Grund zu dem starken Versammlungsbefuch war eine Mahnung des Kollegen Krieke, der in einer Mitgliedsversammlung Mißstände am Frankenhausebau kritisiert hatte und deswegen auf's Pfister gesetzt wurde. Es wurde das Verhalten des Herrn Weinberg auf das Schärfste kritisiert, und nur, weil Kollege Krieke freiwillig auf Widererkennung verzichtete, wurde von einem Vorgehen gegen den Herrn abgesehen, gleichzeitig aber auch bemerkt, sobald wiederholt ein Fall eintreffe, würde der Verband energig gegen den Unternehmern vorgehen. Außerdem werden noch in nächster Zeit sich die Kollegen mit Herrn Weinberg besonders zu beschäftigen haben, weil er den Lohn ganz bedeutend reduziert hat. Weinberg hat mit seiner Mahnung beteuert, daß 40 Kollegen sofort dem Verband beitreten und andere dies zur nächsten Versammlung versprochen. Mit der üblichen Praxis der Mahnung wird es hier jetzt wohl bald etwas anders werden, indem der Verband jetzt ganz gute Fortschritte macht. Nachdem der Vorsitzende zur regen Agitation aufgefordert, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den deutschen Bauhandwerker geschlossen.

In Frankfurt a. M. tagte am 22. August eine öffentliche Maurerverammlung mit der Tagesordnung: „Ist der Zentralverband der Maurer Deutschlands in der Lage, seinen Mitgliedern bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu sichern?“ Kollege Lütkebusch aus Magdeburg war als Referent erschienen. Er schilderte in seinem Vortrag die Entstehung unserer Organisation und deren stetes Steigen bis zu dem Jahre 1900, sprach aber kein Bedauern darüber aus, daß im verflochtenen Jahre die Mitgliederzahl gesunken ist. Er wies jedoch nach, in welchem Maßstabe die Gewerkschaften verpflichtet sind, für ihre arbeitlosen Mitglieder einzupringen, wenn sie nicht ganz dem Hunger preisgegeben werden sollen. Ungעהure Summen müssen die Arbeiter aufbringen, um die Kosten des Militarismus zu tragen, vergessen aber ihre eigenen Interessen, indem sie ihrer Organisation den Rücken kehren und willige Werkzeuge der Unternehmern werden. Der Zentralverband hat seinen Mitgliedern durch die Streik- und Streikunterstützung mit aller Kraft, welche ihm zu Gebote stand, zur Seite gestanden, es sei deshalb Pflicht aller Mitglieder, mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß die inoffiziellen Kollegen dem Verbands zugeführt werden. Redner forderte die Anwesenden auf, im nächsten Jahr dafür zu sorgen, daß die Rinde der Gewerkschaft in die Hände der Arbeiter kommt. Kollege Paulke forderte die Kollegen auf, das Parteiorgan, die „Märkische Volksstimme“, mehr als jezt zu unterstützen. Kollege Schulz ermahnte die Versammlung, die Worte des Kollegen noch nicht zu vergessen, sondern mit aller Kraft für die Verbesserung der Organisation zu sorgen. Eine Resolution, die die Versammelten nach dieser Richtung hin verpflichtete, wurde einstimmig angenommen.

In der Mitglieder-Versammlung des Zweigvereins Götting, welche am 19. August im Saale „Stadt Hamburg“ stattfand, hielt Kollege Kuppel einen Vortrag über: „Frankenische Gesellenverbände“. Dann wurden innere Vereinsangelegenheiten erörtert. Das Resultat der Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Göttinger Maurer ist folgendes: Bei 25 Unternehmern arbeiten gegenwärtig 45 Arbeiter, 500 Gesellen und 78 Lehrlinge. Unter den Gesellen befinden sich 3 Ausländer (Böhmen). Die Arbeitszeit beträgt 10 1/2 Stunden, 5 Maurer arbeiten 11 Stunden, und zwar beim Baunternehmer-Krautmann. Der Lohn beträgt bei 5 Kollegen 45 A pro Stunde, 4 42 A, 21 40 A, 204 38 A, 160 37 A, 81 36 A, 16 35 A, 5 34 A, 4 33 A. Es sind also in Götting neun Lohnklassen im Maurergewerbe und der Durchschnittslohn beträgt 37 A pro Stunde. Von den 500 Maurern, welche in Götting arbeiten, sind 288 im Zentralverband organisiert. Im Frühjahr hatten von 241 in Götting arbeitenden Maurern nur 67 einen Stundenlohn von 38 A. Kollege Opp sprach den Wunsch aus, der Bauhandwerkern möge beim Baunternehmer-Krautmann betreffs Regelung der Arbeitszeit vorstellig werden. Kollege Kuppel

konstatirt, daß auch beim Maurermeister Grunert auf einem Bau wieder elf Stunden gearbeitet wird. Jedoch sind hier die Kollegen selbst schuld; wenn sie alle die 10stündige Arbeitszeit innehielten, die Meister hätten nichts dagegen.

Der Zweigverein **Gotha** hielt am 22. August seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche gut besucht war. Nach der kürzlich aufgenommenen Statistik waren am Orte bei 10 Unternehmern 16 Barriere, 262 Gefellen und 86 Lehrlinge beschäftigt. Organisiert sind 10 Barriere, 200 Gefellen. Die Arbeitszeit beträgt pro Tag 10 Stunden, pro Woche 60 Stunden. Der Lohn beträgt im Allgemeinen 87 A. 18 Gefellen erhalten 88 A. Diese Zahlen müssen uns von Neuem anspornen zur Agitation, um die Herrnmeister in unsere Reihen zu führen. Beschlossen wurde, über die Verbandszugehörigkeit der in Gotha beschäftigten Maurer eine stärkere Kontrolle auf den Bauten auszuüben. Grundsätzlich kann berichtet werden, daß wir in diesem Jahre einen Fortschritt gemacht haben in Bezug auf Neubauten, Verbandsleben und Aborte. In der Versammlung wurde eine Beerdigungskommission gewählt, die im Sterbefalle eines Mitglieds sowie dessen Ehefrau der Beerdigung beizuwohnen hat. Die Beerdigung für Arbeitsverlust wird aus der Lokalkasse bezahlt. An Sonntagen haben sich alle Kollegen zu beteiligen.

Der Zweigverein **Jena** hielt am 22. August im Gasthaus zur Krone eine ziemlich gut besuchte Mitgliederversammlung ab, in welcher Genosse Weber einen interessanten Vortrag über die wirtschaftliche Lage hielt. Weber wies u. A. auf den Lohnkampf hin, der dieses Jahr hier stattgefunden hat, der zwar verloren, aber doch nur das Beispiel für die nächsten Kämpfe gewesen ist. Weiter wies er darauf hin, daß nicht nur die gewerkschaftliche, sondern auch die politische Organisation von den Arbeitern gepflegt werden müsse, denn nur von beiden Seiten aus können die Interessen der Arbeiter vertreten werden. Im Anschluß hieran verlas der Vorsitzende das Resultat der statistischen Erhebung über die zur Zeit gezahlten Löhne. Es betragen zur Zeit 15 Lohnklassen: gegen 14 im Frühjahr. Hieraus wurden die Baugewerkschaften besprochen. Von der Bauarbeiterkommission wurde darauf hingewiesen, daß jeder Unfall sofort der Kommission gemeldet werden müsse. Die Meldungen können auch in der Krone (im Fragekasten) erfolgen. Die Mitglieder müssen noch beachten, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, die Versammlung vollständig zu besuchen, denn nur durch festen Zusammenschluß können wir den hiesigen Bauernmeistern imponieren.

Der Zweigverein **Rehburg** hat am 16. bis 23. August eine Kontrolle über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie über den Stand der Organisation vorgenommen. Bei der Beerdigung des Maurermeisters waren alle Kollegen davon überzeugt, daß die Unternehmer die gehobene Arbeitszeit und für längere Arbeiter im ersten und zweiten Jahre nach besonderer Gehalt, einen Minimallohn von 85 A. und 88 A. für ältere Kollegen bewilligen würden. Dies ist aber leider nicht eingetroffen. Es wurden im Ganzen in Rehburg mit den Vororten Ehrenbreitstein und Massenfeld 90 Neubauten, darunter fünf Kirchen, ein Kloster, fünf Eisenbauten und eine Stallung, sowie neun Umbauten, sechs Reparaturen, zwei Umfassungsmauern und eine Unterführung errichtet. Von den Neubauten, Umbauten und Reparaturen befinden sich sechs im Reiter, zehn im Barriere, vier in der ersten Etage, elf in der zweiten Etage, sechs in der dritten Etage, 17 im Dachboden und 40 im Hof. Die Arbeiter an der Rohbauarbeiten sind am Vorkommen. An all diesen Arbeiten waren 68 Barriere, 603 Gefellen, 108 Lehrlinge und 880 Handlanger bei 45 Unternehmern beschäftigt. Von den Barriern waren sieben organisiert, von den Gefellen 409; von den Handlangern sind nur 16 als organisiert ermittelt worden. Die Zahl der Organisierten ist aber bedeutend höher, wahrscheinlich liegt sie bei 600000. 161 Gefellen arbeiten auf 16 Arbeitsplätzen 10 Stunden pro Tag, während noch 448 Gefellen auf 88 Arbeitsplätzen 11 Stunden arbeiten; auf einem Arbeitsplatz arbeiten vier Gefellen 10 Stunden. Lohn wird in 20 Abteilungen gezahlt. Bei der Firma Becker befinden sich an einer Baustelle allein elf Lohnklassen. Es erhalten im Ganzen 9 Gefellen 45 A., 18: 45 A., 47: 40 A., 67: 88 A., 42: 87 A., 85: 88 A., 136: 85 A., 141: 84 A., 6: 84 A., 4: 83 A., 55: 83 A., 94: 82 A., 6: 81 A., 6: 80 A., 8: 29 A., 8: 28 A., 1: 27 A., 7: 26 A., 1: 25 A., 2: 24 A. pro Stunde. Der höchste Lohn wird bei der Firma Allert gezahlt, welche fast alle Arbeiten an Affordanten vergeben hat. Den niedrigsten Lohn zahlt die Firma Friedhofen, bei der Durchschnittslohn beträgt 85 A.; er würde aber nur auf 83 A. stehen, wenn bei der Firma Kiesel, Göbel und Becker nicht ein auswärtiger Affordantolohn ein Lohn von über 45 A. gezahlt würde. Der Unterschied im Lohn ist hier also ein ganz enormer und wird wohl nirgends anderswo zu finden sein. Sollte ein Maurer nach besonderer dreijähriger Lehrzeit keinen Minimallohn von 88 A. pro Stunde verdienen, so ist wohl die Schuld dem Lehrmeister in erster Linie zuzuschreiben. Die Rohbauer Maurerlehrlinge aber müssen vielfach als Handlanger und auch im Hause des Meisters noch tätig sein. Die Gefellen werden ein Hauptaugenmerk auf diesen Zustand richten und für Abhilfe Sorge tragen müssen. Mit diesen unterschiedlichen Löhnen muß ganz entschieden gebrochen werden, denn wenn ein tüchtiger Maurer einen angemessenen Lohn fordert, so legt ihm der Unternehmer häufig, so kann nicht mehr zahlen, sehen Sie die Anderen da, die arbeiten noch viel billiger. Darum sollen wir auch auf unsere Lehrlinge achten, sie zu tüchtigen Gefellen machen. Im Ganzen arbeiten 65 Gefellen auf 6 Baustellen im Afford, während 638 Gefellen auf 90 Baustellen im Fagelohn arbeiten. Beim Afford werden auch von Kollegen aus der benachbarten Wobburg Fagelohn-Arbeiter herbeigeholt, trotzdem noch immer Rohbauer-Kollegen außer Arbeit sind. Diese Affordkolonnen müssen kein Gefühl für ihre Mitmenschen haben, sondern denken: Wenn ich nur mein Auskommen habe, Andere geben mich nichts an. Zwei solcher Kollegen sollen sich sogar geküßert haben, überall da Arbeit zu nehmen, wo Streit ist. Sichtlich so machen es die Italiener, aber nur um Geschäfte zu machen, ohne viel dabei zu thun. So verhält es sich hier während des Streiks ein lauberes Regel — einer von den Streikführer-Kolonnenführern — mit einer Summe von A. 800, und der Unternehmer hatte das Nachsehen. In Bezug auf die Löhne ist auch schon ausgesprochen worden, daß der Schaden, den den Unternehmern während des Streiks entstanden, sich wieder gedeckt werden müsse. Der Rohbauer, Maurer, fordert und scheltet überall, ist man bemüht, und zu erweichen. Denjenigen Kollegen, welche mitstreifen, wird bei der Firma Becker & Becker weniger gezahlt, als solchen, die nicht mitstreifen. Zu diesem Frühjahr noch wurde gesagt, wer sich der „christlichen

Organisation anschließt, der kann zehn Stunden arbeiten, nur um eine Spaltung unter den Maurern herbeizuführen. Die „christliche“ Organisation neigt denjenigen Maurern, die zu Anfang des Streiks die Arbeit weiterführten, verdrängen den Restfall. Unter diesen Umständen hätten die Unternehmer keine Ursache, alle Forderungen zu bewilligen, wüssten sie doch, daß die Streikenden unter sich selbst auf die Dauer nicht einig bleiben würden. Nachmittags fällt von einem Streiche keine Rede und wir werden noch Gelegenheit bekommen, die Unternehmer mit uns verhandeln zu sehen. Die Worte lassen sich zu wahren übrig und entsprechen in keiner Weise den tatsächlichen Anforderungen. Neubauten werden vielfach als Lagerraum für Baumaterialien und Baugewerkschaft benutzt, einen anständigen Ruheplatz für Gefellen und Schutze bei schlechter Witterung bieten dieselben in den wenigsten Fällen; auf solchen Bauten sollen sie gänzlich. Die Stangebrüste sind zum Teil gerade, erdähnlich, wenige sind einigermaßen gut zu nennen. Ganggerüste beim Ueberbau-mauern fehlen gänzlich und in Rohbau wird viel überhandgemauert, sogar in neuerer Zeit mit Blendsteinen. Schutzgerüste sind eine Seltenheit, und ist erst längst ein Arbeiter bei der Firma Fröh Sprung von einem Gerüste des Barriern in den Keller gestürzt, weil kein Schutzgerüst da war. Die Verletzungen waren zum Glück nicht sehr bedeutend. Bollen- oder Schienenanlagen sieht man an den meisten Baustellen offen oder unten bis zum Dach. Jedoch tragen die Kollegen viel mit Schuld. Die Unternehmer kennen die Interessenlosigkeit ihrer Gefellen der Organisation gegenüber und deshalb beargen die Unternehmer ruhig auf ihrem alten Standpunkte. Nach dem Streik sind gegen 90 Kollegen dem Verband verloren gegangen; einige bleiben mit ihren Beiträgen im Rückstand. Dieses wissen die Unternehmer sehr gut und ist es treffen ihre Maßnahmen. Den Maurern von Rohbau und Umgebung sollten die schlechten Arbeitsverhältnisse eine ernste Mahnung sein, Mann für Mann dem Zentralverband beitreten und immerdar angeschlossen. Andererseits tritt Rücksicht anhalt Fortschritt ein. Jeder Kollege muß agitiere, dann werden auch die Kollegen aus Fagelohn-Bau zu Bewußtsein kommen und uns in unserem Fortkommen nicht hindern, sondern uns hilfreich zur Seite stehen. Die Mitgliederzahl bewegt sich im Ganzen für den Zweigverein Rehburg bei 600, wovon über 300 in Orten beschäftigt sind, in denen die Baukontrolle nicht vorgenommen wurde.

Am Samstag, 16. August, hielt der Zweigverein **Roskops** seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die leider sehr schwach besucht war. Der Vorsitzende, Kollege Kumbel, erhaltete Bericht über die statistischen Erhebungen betreffs der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maurer. Im Bezirk des Zweigvereins sind 16 Barriere, 218 Gefellen und 17 Lehrlinge beschäftigt. Im Roskops erhalten 8 Gefellen 89 A., 58 88 A., 88 87 A., 33 86 A., 34 85 A., 8 84 A. und 1 87 A. pro Stunde bei gehobener Arbeitszeit. Das ergibt einen Durchschnittslohn von 86 bis 87 A. Im vorigen Jahre betrug der Durchschnittslohn 82 bis 83 A. Der Stundenlohn ist also durch die Lohnbewegung im Summe dieses Jahres um 4 bis 5 A. erhöht worden, und diese Erhöhung ist nur durch den Zusammenbruch der Kollegen und durch die finanzielle Unterstützung aus der Verbandskasse errungen worden; aber die Roskops Kollegen wollten wieder so hoch und nach einschließen, was unbedingt nicht statfinden darf.

Der Zweigverein **Langenbieten** hielt am 17. August seine monatliche Versammlung im Gasthof „Rathenhausen“ ab. Kollege Anders-Dienig referierte über: „Die wirtschaftliche Lage im Allgemeinen und die der Maurer im Besonderen.“ Zum Schluß seiner trefflichen Ausführungen zu reger Agitation für die Organisation auffordernd. Der Vorsitzende gab das Resultat der Statistik bekannt und zog Vergleiche zwischen den Löhnen in Langenbieten und in anderen Orten der Nachbarschaft. Die Langenbieten-Maurer haben mangels guter Organisation den günstigsten Zeitpunkt für Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse verpasst. Sie sind aber willens, das Verarmte nachzuholen. Die Abrechnung vom zweiten Quartal wurde zur Kenntnis genommen und für richtig befunden. Die Abrechnung vom Stützungszeit ergab eine Einnahme von A. 96.15 und eine Ausgabe von A. 90.15. Ueber den Verlauf des Festes wurde allgemein Befriedigung ausgesprochen. Schließlich wies Kollege Anders noch auf die Lehrlingskategorie hin, die in Langenbieten und vielen anderen Orten schlechten Gehalt; auf zwei Baustellen kommt ein Lehrling. Auch diesen Mangelstand zu beheben, mußte die Organisation sich zur Aufgabe machen. Daß auf mehreren Bauten die Unfallversicherungsbeiträge nicht ausbezahlt wurden, wurde ebenfalls scharf gerügt. Hieraus erfolgte Schluß der sehr anregenden und gut verlaufenen Versammlung. Öffentlich wird den weiteren Versammlungen noch besser besucht; alle Kollegen sollten es sich zur Pflicht machen, zu erscheinen.

Die Maurer **Rehburg** hielten am 27. August eine öffentliche Versammlung ab. Kollege Stanning-Samburg hielt zunächst einen Vortrag über: „Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsorganisationen.“ Weber beleuchtet, in seinem Vortrage die Entstehung und Entwicklung der Gewerkschaftsorganisationen von der Zeit der Rünste bis in die Gegenwart. Erst nachdem im Jahre 1866 dem deutschen Volke die Gewerkschaften gegeben worden, konnten sich Bestrebungen nach engerem Zusammenschluß der Arbeiter der verschiedenen Berufsstände geltend machen. Mit der Gewerkschaften folgte zugleich die Aufhebung der bis dahin in den verschiedensten deutschen Vaterländern und Vaterländern bestehenden Koalitionsverbote. Von diesem Zeitpunkt an hatien denn auch die Anfänge der Gewerkschaftsorganisationen. Weber bespricht die Erdbeben der Gewerkschaften durch das Sozialistengesetz. Während der Gültigkeit dieses Gesetzes verdrängten sich die deutschen Arbeiter in den verschiedenen Orten mit Radikalen zu befehlen. Es konnte dabei wegen der bestehenden Koalitionsverbote von einer einheitlichen Aktion gegenüber dem Unternehmertum nicht in dem gewünschten Sinne die Rede sein. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes waren die Arbeiter wiederum in der Lage, ihre Organisationen von Neuem aufzubauen. So entstanden aus den bisherigen Fagelohn- und Fagelohn-Organisationen. Der deutsche Maurerverband wurde im Jahre 1891 in Gotha mit circa 12 000 Mitgliedern von den früheren Radikalen in's Leben gerufen. Seine Entwicklung wird am besten dadurch veranschaulicht, daß wir uns vergegenwärtigen, daß innerhalb zehn Jahren die Mitgliederzahl von 12 000 im Jahre 1891 sich auf 82 000 im Jahre 1900 erhöhte. Kollege Stanning betont dann, daß es notwendig sei, niemals die Gewerkschaftsorganisation als

Selbstzweck zu betrachten. Dieselbe müsse unbedingt Mittel zum Zweck bleiben. Es sei ferner notwendig, daß sich alle Verbandsmitglieder, ohne Ausnahme, der sozialdemokratischen Partei anschließen und neben der Gewerkschaftspressen auch die politische Arbeiterpresse lesen, um aus derselben zu lernen. Das Bewußtsein der freien Gewerkschaften habe aus dieser Furcht vor der Sozialdemokratie die Gesinnung der gewerkschaftlichen Konfessionen zur Gründung der christlichen Gewerkschaften veranlaßt. Der Gedanke, Alles mit und durch die Organisation, müsse immer mehr an Ausdehnung gewinnen. — Beim zweiten Punkt der Tagesordnung weist Kollege Jacob auf die am Eingange des Saales verteilten Zirkulare hin, welche die Abrechnung des Lohnbezuges enthalten. Weber bemerkt hierzu, daß die Vertreter des Bauarbeiterverbandes beschäftigt, eine Anzahl weiter entfernt liegender Orte mit in den Lohnbezug einzubeziehen, was aber von der Stellenkommission abgelehnt wurde. Die Versammlung spricht ihr Einverständnis mit der Abrechnung des Lohnbezuges durch Annahme folgender Resolution aus: „Die am 27. August 1902 im „Rathenhausen“ tagende öffentliche Maurer-Versammlung erklärt sich mit der von der Stellenkommission und den Vertretern des Bauarbeiterverbandes getroffenen Abrechnung des Lohnbezuges einverstanden und beschließt, diesen Beschluß streng einzuführen.“ — Kollege Jacob theilt noch mit, daß bei Gelegenheit der Verhandlungen auch auf den Fagelohnverhandlungen auf den Baustellen eingewirkt wurde. Wundende Beschüsse nach dieser Richtung seien aber nicht zu Stande gekommen. Gründe für Verweigerung dieses Uebelstandes konnten die Unternehmer nicht anführen, jedenfalls wollen die Herren ihren Barriern den Verdienst am Fagelohnverhandlungen nicht entziehen, indem sie der Meinung waren, daß der Fagelohn auf der Baustelle doch wohl im Interesse der dafelbst beschäftigten Arbeiter liege. (Wie färsorglich! Der Schriftführer.) Wollen die Kollegen den Lufte befehlen, dann brauchen sie nur das angebotene Bier zurückzuweisen. — Von einigen Kollegen wurde angeregt, diejenigen Barriere, welche Verbandsmitglieder sind, zu erschauen, den Fagelohnverhandlungen auf der Baustelle einzustellen. — Kollege Weber vertritt, dieser Anregung nachzukommen. — Zum dritten Punkt giebt Kollege Weber das Resultat der am 8. August aufgenommenen Statistik bekannt. Gezählt wurden im Lohnbezugs 4325 Maurer, 883 Barriere und 670 Lehrlinge. Von den Maurern erhielt die meiste große Zahl 55 A. Stundenlohn, eine Anzahl erhielt 56 A., während der Rest, Altersschwache und Junggeheilen, einen Stundenlohn von 45 A. erhielt. Der Durchschnittslohn beträgt somit 54.82 A. Die Aufnahme hat ferner ergeben, daß, trotzdem nur 4325 am Orte beschäftigte Maurer gezählt wurden, doch 4380 zahlende Verbandsmitglieder vorhanden seien. Demnach ist es vorgekommen, daß einzelne Kollegen, die auf Baustellen waren, bei der Aufnahme übersehen worden sind. — Das Agitationskomite der Maurer Reichs hatte in der vorhergegangenen Versammlung den Auftrag erhalten, die Angelegenheit, betreffend die Wagerelung des Kollegen Bauersfeld, zu untersuchen. Zu diesem Zwecke wurde eine Sitzung veranstaltet, zu welcher sowohl Bauersfeld sowie der Barriere Hippel und Kollege Sauer von der Baustelle, auf welcher Bauersfeld in Arbeit gestanden hatte, geladen wurden. Bauersfeld hatte es aber nicht für nötig erachtet, der Ladung Folge zu leisten; infolgedessen konnte die Angelegenheit nicht geregelt werden. Ein Versuch des Kollegen Bauersfeld, die Angelegenheit in der heutigen Versammlung nochmals zur Sprache zu bringen, scheiterte an der Annahme eines Antrages, der besagte, daß, nachdem Bauersfeld in der vom Agitationskomite veranfaßten Sitzung nicht erschienen sei, die heutige Versammlung keine Veranlassung habe, diese Angelegenheit zu diskutieren. Auf Antrag des Kollegen Ebeling wird demselben zugesichert, daß er von nun an eine Entschädigung für die Eigungen der Gewerkschaftsmitglieder in der gleichen Höhe wie die Kartellbesitzer erhalten solle.

Aus **Böbau i. S.** wird uns geschrieben: Hier befinden zur Zeit Differenzen, die leicht zum Streik führen können. Als uns die Herren Baumeister im vorigen Jahre mit Lohnhöhnungen beglückten wollten, da scheiterte die ganze Sache an der Einigkeit der Kollegen. Jetzt beruht es Baumeister Müller schon wieder; den Anfang hat er gemacht am Weierdorfer Schulneubau und an der Landesirrenanstalt in Großschweidnitz. Am Sonnabend, den 30. August, hat er auch in Böbau 9 A. Abzug angekündigt. Um hierzu Stellung zu nehmen, fand am 30. August eine öffentliche Bauarbeiterversammlung statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Kump auf Gehör einen trefflichen Vortrag über das Thema: „Der Kampf um's tägliche Brot.“ Weber schloßte in kurzen, verständlichen Worten die traurige Lage der künftigen Maurer im Allgemeinen und wie die Unternehmer fortwährend bestraft sind, die Lage der Bauarbeiter noch zu verschlechtern und ihren Proßt zu vergrößern. Er führte weiter aus, daß wenn der Sozialist im Aktum des Reichstages sollte zur Annahme gelangen, es dann vielen Maurern überhaupt unmöglich sein würde, eine halbwegs menschenwürdige Existenz zu führen. Daß Weber den Kollegen aus dem Ganzen gesprochen hatte, bewies der ihm gelpendete reiche Beifall. In die Bauarbeiterkommission wurden die Kollegen Seibt und Stephan gewählt. In „Gewerkschaftliches“ ging Kollege Kump näher auf die Lohnabzüge ein. Er empfahl, mit dem Baumeister Müller nochmals in Unterhandlungen zu treten und, wenn diese resultatlos verlaufen, im Laufe der Woche eine weitere Versammlung abzuhalten und näheren Beschluß zu fassen. Es ist notwendig, daß sich alle Kollegen dem Verbands anschließen. Die Zahl der Mitglieder beträgt zur Zeit 127.

Der Zweigverein **München** hielt am 30. August im Restaurant „Dall' Armi“ eine gut besuchte Versammlung ab. Kollege Karl erstattete Bericht über die vom 3. bis 9. August gemachten Erhebungen über die Lohn- und Lebensverhältnisse der Maurer Münchens. Darf wies in kurzen Worten auf den Wert und die Notwendigkeit der statistischen Erhebungen hin und gab folgendes Resultat bekannt: Die Statistik wurde aufgenommen auf sämtlichen Bauten Münchens, in der Zeit von 226. Auf diesen waren beschäftigt: 266 Barriere, 2301 Maurer, 130 Lehrlinge. Von den Maurern sind 102 Ausländer, davon sind 20 Italiener, 35 Wöhnen und 37 Tiroler. In Afford arbeiteten 537 Kollegen, davon waren 26 mit Mauern beschäftigt. Der Lohn wird ausbezahlt in elf Klassen und bewegt sich zwischen 35 und 60 A., jedoch im Zeichen der hiesigen ungelungen Verhältnisse. Der Durchschnittslohn beträgt nach genauer Berechnung 45 A. 3 pro Stunde und ist seit 1900 um 0 A. 3 pro Stunde zurückgegangen. Betreffend Rommierung der

Mitglieder des Gesellenausschusses und der Schiedsgerichte, befragte gab Kollege Schäfer bekannt, daß die Maurer 21 Mann zu stellen haben. Schäfer wurde beauftragt, folgende Anträge bei der Innung zu stellen: 1. daß die Schiedsgerichtsverhandlungen bei Tag und nicht erst 8 Uhr Abends stattfinden sollen; 2. daß in der Woche mindestens zweimal Abende gestellt werden könne; 3. daß die öffentliche Wahl des Gesellenausschusses nicht bis zum Spätherbst verschoben werden sollte, da dort mancher Kollege infolge Arbeitslosigkeit nicht wählenbar sein würde. — Zum vierten Punkt der Tagesordnung, öffentliche Versammlungen betreffend, wird es dem Ausschuss überlassen, zu geeigneter Zeit eine öffentliche Maurerverammlung einzuberufen sowie auch in Gemeinschaft mit den übrigen Bauhandwerken gegenüber der drohenden Arbeitslosigkeit Stellung zu nehmen. Dann wurde Kollege Tiefenwieser einstimmig zum Ehrenmitglied ernannt. Die Kollegen Dittmann und Gattl wiesen mit ernstlichen Worten noch darauf hin, inwieweit schwere Zeiten und harten Kämpfe vor entgegensehen, und wie wir sowohl in politischer wie auch in gewerkschaftlicher Beziehung immer gerüstet dastehen müssen, um einigermaßen unsere Rechte verteidigen zu können. Eine wichtige Aufgabe der Kollegen sei es, die Arbeiterpreise zu unterstützen und richtig zu verfolgen, dann werde es dem Einzelnen möglich sein, auch in geistiger Beziehung vorwärts zu kommen. Nachdem Vorsitzender Schäfer den Anwesenden noch für ihr zahlreiches Erscheinen sowie für die nützliche Ruhe und Ordnung gedankt hatte, schloß er die sehr schön verlaufene Versammlung.

In der letzten Monatsversammlung des Zweigvereins Oberelbe, am 21. August, wurde an Stelle des bisherigen Kassiers, der verstorben ist, Kollege W. Kramann, Kollomewerwer, gewählt. Mit dem Schriftführeramt wurde Kollege Bensch beauftragt und gleichzeitig wurde ihm die Rollepartie des „Grundstein“ in der Stadt gegen eine dreijährliche Entlohnung von M. 5 übertragen. Ferner wurde der Kassier beauftragt, ein Verzeichnis der nachstehenden Mitglieder anzufertigen und dieselben triestlich aufzuführen, ihren Verpflichtungen nachzukommen, widrigenfalls sie ihrer Rechte an den Verband für verlustig erklärt werden und die weitere Führung des „Grundstein“ an sie eingestellt wird. Der Rollepartie ist beauftragt, Beiträge entgegenzunehmen, und führt er zu diesem Zweck Beitragsmarken bei sich.

In Plauen i. V. fand am 19. August eine durch starken Regen ungünstig beeinflusste Versammlung in der „Königsburg“ statt. Kollege Stantig hielt einen Vortrag über die diesjährige Rohnkämpfe. Mit Interesse und fälschlich erfreut über die gute Haltung der Kollegen in den verschiedenen Städten folgten die Anwesenden dem Vortrag. Der Referent lobte die große Beifall. Ein Beispiel mögen die die Plauenischen Kollegen an den Errungenschaften der Organisation nehmen. Einer scharfen Kritik wurde die Überstundenarbeit unterzogen, welche auf einzelnen Bauteilen beruht. Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen: 1. Jeder organisierte Maurer ist gehalten, täglich nicht länger als höchstens elf Stunden, unter Innehaltung der üblichen Pausen, zu arbeiten. Überstunden sind nur in solchen Fällen zulässig, wenn Menschenleben in Gefahr sind oder der öffentliche Verkehr gesteuert wird. Die Sonntagsarbeit ist unter die gleichen Bedingungen gestellt. 2. Jeder organisierte Kollege ist verpflichtet, dem Vertrauensmann unter Angabe der Namen Anzeige zu erstatten, sobald eine Verletzung der vorstehenden Vorschrift zu seiner Kenntnis gelangt. Ist eine beratende Anzeige beim Vertrauensmann eingegangen, so ist dieser verpflichtet, die Betroffenen zu der nächsten Versammlung mündlich oder schriftlich einzuladen. Die Versammlung entscheidet darüber, was mit solchen Kollegen, die die Befehle der Organisation missachten, zu geschehen hat. Es scheint ein zur Versammlung Eingeladener nicht, so kann sein sofortiger Ausschluss aus dem Verband beim Sanitätsrat beantragt werden.

Der Zweigverein Schmiedeheld hielt in der vorigen Woche seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab; leider war nur die Hälfte der Kollegen anwesend. Der Versammlungsbereich ist in der letzten Zeit überhaupt sehr schlecht gewesen, was zur Folge hat, daß die Unternehmer anfangen, den Lohnsatz zu senken. Der eine Unternehmer geht mit Lohnabschnitten vor und der andere versucht die Arbeitszeit des Sonntags bis 6 Uhr auszuweiten. Die übrigen Unternehmer haben nun den Kollegen damit gedroht, sie würden ebenfalls bis 6 Uhr arbeiten lassen, wenn hierin bei einem Unternehmer keine Änderung eintrete. Das energische Vorgehen des Zweigvereins-Vorstandes hatte zur Folge, daß die angestrebte Maßregel nicht ausgeführt wurde. — Wegen Verleumdung eines Italieners wurde Kollege S. Schulze vom Schiedsgericht in eine Geldstrafe von M. 10 verurteilt; von der Anklage, einen anderen Italiener mit dem Revolver bedroht zu haben, wurde er freigesprochen. Es war wohl nur reiner Zufall, daß in dem Termin ein Maurermeister als Schlichter fungierte. — Die nächste Versammlung findet am 4. Oktober statt. In derselben wird ein auswärtiger Kollege einen Vortrag halten. Es ist notwendig, daß alle Kollegen erscheinen.

Am 28. August fand in Schweinfurt eine gut besuchte Mitgliederversammlung im Vereinslokal statt. Kollege Busch an Wänden hielt einen einleitenden Vortrag über die gegenwärtige Krise im Baugewerbe und das Affordsystem. Redner schilderte in trefflicher Weise, wie es gegenwärtig die Unternehmer verstehen, die Stundenlöhne ganz gehörig zu kürzen, da sie ja allweil Maurer in Hülle und Fülle bekommen, was darauf zurückzuführen ist, daß eben die Majorität der Maurer, hauptsächlich in Bayern, der Organisation noch fernsteht. Die Affordarbeit, führte Redner aus, ist eine der schlimmsten Dinge im Baugewerbe. Sie führt nicht nur dazu, die Stundenlöhne zurückzuführen, sondern auch das Leben und die Gesundheit total zu schädigen. Reicher Beifall wurde dem Redner gesendet. Kollege Hitz führte dann noch an, daß gegenwärtig mit den Arbeiten des Fußbodenbaues begonnen wird. Dasselbe wird ausgeführt von der Firma Jäger & Dimpf aus Hanau. Diese beabsichtigt nun, die Arbeiten in Afford zu vergeben, und zwar an die von uns so sehr geliebten Maurer aus Plumbach, die überall, wo es gilt, Streichschneiderei zu leisten, die ersten an der Spitze sind. Schweinfurter Kollegen würden nicht einverstanden sein, die beim Einbauarbeiten vorstellig werden soll, damit die Affordarbeit unterbleibt. Nach einem Schlusswort des Kollegen Busch wurde die Versammlung geschlossen. Die Versammlung in Roppenlauer war ebenfalls aufreißend und sehr und man konnte daraus sehen, daß die dortigen Kollegen auch ein Interesse an der Sache haben. In Rungenlauer, wo die

Kollegen gerade ihr drittes Stichtagsfest feierten, mußte von einem Vortrag Abstand genommen werden, doch waren die Kollegen auch über die Festrede, die Kollege Busch hielt, sehr begeistert.

Am Mittwoch, den 20. August, fand in Eilenburg i. V. im Lokale des Vereinswirts Herr. Meier eine öffentliche Maurerverammlung statt. Kollege Labord-Wellen, der als Referent erschienen war, hielt einen Vortrag über: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter im Baugewerbe und ihre Verbesserung durch die Organisation“. Zu bebauen ist es, daß die Versammlung nur schwach besucht war. Die Anwesenden zählten etwa 30 Mann, alle Mitglieder des Verbandes. Redner verwies zunächst auf die wirtschaftlichen Kämpfe, die wir augenblicklich zu führen haben, insbesondere auf die Streiks in Köln und Barmen-Gelsenbach-Wohlfeld. Darauf beleuchtete er die Lage der hiesigen Maurer. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen lassen sehr viel zu wünschen übrig. Obwohl noch Arbeitslosigkeit zu konstatieren sei, könne man wahrnehmen, daß an einem Bau ein ganzer Trupp Arbeiter an Ausschäften sei. Zum Schluss wies Redner noch darauf hin, daß die Behörden sich sehr zu Ungunsten der Arbeiter in der Lohnkämpfe einmischen. Der Redner ermahnte reißend Beifall. Am 11. Uhr schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung und den Zentralverband der Maurer Deutschlands die Versammlung.

Aus Stade wird uns geschrieben: Die zum Donnerstag, den 21. August, anberaumte regelmäßige Mitgliederversammlung konnte nicht abgehalten werden, weil nur fünf Mitglieder erschienen waren. Kollegen, soll unsere Organisation nicht zu Grunde gehen, dann ist es endlich Zeit, daß ihr aufwacht aus eurem Schlaf, denn von allen Seiten droht uns Gefahr, welcher wir uns mit fester Entschlossenheit tapfer gegenüberstellen müssen. Wenn wir nicht energisch dagegen, werden wir bald die traurige Erfahrung machen, daß wir immer mehr zurückgedrängt werden. Wären die Kollegen alle organisiert, wäre es auch hier ein Leichtes, Mißstände abzuwehren. Darum auf, Kollegen aus Stade, organisiert euch, bejaht die Versammlungen, damit wir darüber beraten und beschließen können, in welcher Weise die Unbillstände zu beseitigen sind. Denkt nicht, wenn ihr eure Beiträge entrichtet, daß ihr damit der Organisation doll und ganz gedient habt.

Am 22. August fand eine gut besuchte Maurerverammlung in Stuttgart im Gewerkschaftshaus statt. Genosse Ludwig hielt einen lehrreichen Vortrag über: Die Wirtschaftsgewerkschaften, und hat dieser Vortrag gezeigt, daß die Kollegen auch in dieser Beziehung sehr notwendig der Auffklärung bedürfen. Die Abrechnung vom zweiten Quartal gab Kassierer Stolle und sie wurde für richtig befunden. Mehrere Kollegen gaben Mißstände auf verschiedenen Bauteilen bekannt; es wird von der Bauarbeiterkommission sowie von der Verwaltung dafür gesorgt werden, daß wiederum geschaffen wird. Überhaupt haben in den letzten Wochen in den verschiedenen Orten der Umgegend mit starker Arbeiterbewegung Versammlungen stattgefunden, welche alle gut besucht waren. Man sieht, daß die Kollegen gewonnen sind, hier wie auf dem Lande in Wäldern das zu erreichen, was in diesem Jahre nicht ganz gelungen ist. Maßnahmen haben in den letzten Tagen 50 städtische Stunden und ist der Geist der Kollegen ein guter. Auch sollen in nächster Zeit Bauteilversammlungen stattfinden, um alle noch nicht dem Verbande angehörenden Kollegen aufzuklären und der Organisation zuzuführen. Nach einigen persönlichen Bemerkungen wurde die Versammlung mit dem Wunsch geschlossen, die Kollegen mögen immer so zahlreich erscheinen.

In Wargen fand am Dienstag, den 26. August, eine öffentliche Maurerverammlung statt. Kollege Stantig-Schubert hielt einen Vortrag über: Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Redner wies eingangs darauf hin, daß Angaben der Gewerkschaftsorganisationen schon in früheren Jahrhunderten vorhanden waren. Jedoch war der Unterschied zwischen diesen und den heutigen modernen Gewerkschaften ein ganz gewaltiger. Die früheren Gewerkschaften trugen mehr den Charakter von gesellschaftlichen Vergnügungsvereinen. Auch die Streiks seien keine Erfindung der Sozialdemokratie, wie vielfach angenommen werde. In früheren Jahrhunderten findet man, daß die Gesellen durch ihren Zusammenschluß ebenfalls schon ihre Macht der Öffentlichkeit zeigten. Nachdem den deutschen Arbeitern das Koalitionsrecht gegeben war, entwickelten sich die Gewerkschaften in bemerkenswerter Weise. Die Streiks nahmen rapide zu. Im Jahre 1869 betrug in Berlin der Lohn für Maurer noch M. 225 pro Tag. Durch den ersten Streik wurde derselbe auf M. 8 erhöht. Andere Städte, wie Hamburg u. c., folgten Berlin nach. Die Errungenschaften waren jedoch nichts Beständiges. Die Staatsgewalt sorgte für unausgesetzte Hindernisse und Verfolgungen. Die Organisationen gingen wieder rückwärts. Die Lokalvereine kamen nimmer an das Ruber. Der Berliner Fachverein für Maurer wurde im Jahre 1881 gegründet. Die Lokalvereine konnten den Arbeitern indes wenig helfen. Größere Streiks konnten unmöglich vorgenommen werden. Den heutigen modernen Zentralorganisationen mußten die Lokalvereine wieder Platz machen. Die Zentralorganisationen haben bis zum heutigen Tage ungeheure Fortschritte gemacht. Zum Beispiel wuchs die Mitgliederzahl der Maurer von 12 000 im Jahre 1891 auf 83 000 im Jahre 1901. Die Organisationen haben Bedeutendes im letzten Jahrzehnt erlangt. In Zeiten der wirtschaftlichen Depression muß das Errungene nun gefestigt werden durch die Macht des Zusammenschlusses. Das ist der Hauptzweck der Organisation gegenwärtig. Die Krise hat abseits ihren Höhepunkt überschritten, so daß sich in mehreren Gewerkschaften, hauptsächlich in der Textilbranche, sowie in der Metallindustrie eine Aufschwung wieder bemerkbar macht. Das eröffne auch für das Baugewerbe wieder bessere Zeiten. Darin kämpfen sind in diesem Jahre wieder durchzuführen. Die Organisation habe Stand gehalten und für die Arbeiter erneute Erfolge gebracht. Das Unternehmertum werde Alles auf, die Gewerkschaften zu setzen und die Arbeiter auszunutzen. Bei dem jetzigen großen Kampfe in Hamburg habe ein einziger Tag mit 400 Arbeitswilligen den Unternehmern nur M. 25 000 gekostet. Die Hälfte der Arbeitswilligen sei jedoch wieder nach Wien zurückgegangen, nachdem sie den großen Streik abgelehnt hätten. Im Gange habe das Unternehmertum dort allein M. 100 000 für Verbeistellung von ausländischen Arbeitern aufgewendet. Mit einem Hinweis auf die politische Organisation schloß der Redner seinen beifällig aufgenommenen Vortrag. Der Vertrauensmann, Kollege Hofmann, gab hierauf die Abrechnung vom zweiten Quartal. Die Mitgliederzahl am Orte betrug 219, 88 traten neu ein und 2 wurden ausgeschlossen. Die Ein-

nahmen für die Hauptkasse betrugen M. 1007,45. Die Einnahmen für die Lokalkasse betrugen inf. des Kaffeestandes M. 1020,79; die Ausgaben beliefen sich auf M. 140,89, so daß der gegenwärtige Kaffeestand M. 880,40 beträgt. Kollege Selten gab als Referent die Abrechnung der Abrechnung bekannt. Dann gaben die Kollegen Schneider und Hofmann den Bericht über die aufgenommenen Statistik. Zu Referenten aus dem Baubetriebe für das Unfallschiedsgericht wurden von der Versammlung Maurer Hofmann und Zimmermann Reinhardt vorgeschlagen. Das Amt als Referent bekam Kollege Thomas. Von einigen Rednern wurde noch der schlechte Besuch des Sommerfestes gerügt. Genosse Müller wies auf die Bedeutung der „Vollzeitung“ hin und ermahnte die Versammelten, so schnell als möglich das Bürgerrecht zu erwerben. Hierauf fand die Versammlung ihren Schluß.

In Jittau fand am 19. August im „Bürgergarten“ eine öffentliche Maurerverammlung statt, welche im Verhältnis zu der hier herrschenden Interesslosigkeit ziemlich gut besucht war. Kollege Ruppel-Wölfling führte den Kollegen vor Augen, in welcher unwürdigen Lage sie sich befänden, und machte sie darauf aufmerksam, daß sie auf gefahrdung Wege eine bessere Lebensstellung erkämpfen könnten, wenn sie im Zentralverband mit den Kollegen Deutschlands vereinigt wären. Sehr drastisch beleuchtete der Referent die Furcht dieser Kollegen vor dem Unternehmer. Auch die Frauen seien vielfach die Ursache, welche den Mann abhalten, sich zu organisieren. Redner führte treffend an, daß die Frau viel schlimmer daran sei, als der Mann, weil sie infolge des geringen Verdienstes des Mannes gezwungen sei, ebenfalls mitzuverdienen und außerdem die Wirtschaft und die Erziehung der Kinder zu besorgen habe. Er wies noch, daß die Frau also viele Ursache habe, ihren Mann zu beeinflussen, der Organisation fern zu bleiben. Es sei Aufgabe des Mannes, seine Frau darüber aufzuklären. Redner ermahnte die Kollegen dringend, in Zukunft besser zur Organisation zu halten, dann würden auch in Jittau bessere Zeiten kommen. Beifälliger Beifall beehrte den Kollegen Ruppel für seine Ausführungen. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heute im „Bürgergarten“ tagende öffentliche Versammlung der Maurer erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erkennt an, daß nur durch die Organisation unsere Lage verbessert werden kann. Die Anwesenden beschließen, mit allen Kräften für den Zentralverband der Maurer zu agitieren, damit auch in Jittau bessere Zustände geschaffen werden können. Hierauf verlas Kollege Müller den Kaffebericht, welcher vom Kollegen Höfner für richtig befunden wurde. Alsdann wurde der Antrag gestellt, die Maurer Ruppel und Seltenner auszuscheiden, da sie nach Guben als Streikbrecher gerufen sind, nachdem sie kurz zuvor dem Verbande beitraten. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterhug, Submissionen etc.

Berlin. Am Neubau der Firma Schacht in der Röhrenstraße führte der Maurer Baum etwa zwei Meter tief nach unten auf einen eisernen Träger, als er im Begriff war, die Flugschur um eine Schicht höher zu setzen. A. wachte, um die Schur zu erhöhen, um den Pfeiler herauszuheben; er hielt sich mit der einen Hand an einem herausgehenden Stein, der aber den Druck nicht aushielte, sondern aus der Mauer herausbrach. Der Baumgast erlitt schwere Wunden und Verletzungen. — An einem Neubau an der Röhrenstraße in Eilenburg brannte der Steinträger Rabe auf der vom dritten Stockwerke zum Giebel führenden Leiter und führte in das Erdgeschoß des angrenzenden zweiten Neubaus hinab. Er erlitt einen Schädelbruch, sowie mehrere Rippenbrüche und einen Oberschenkelbruch. Im Elisabeth-Krankenhaus in Berlin, wohin er gebracht wurde, ist er bereits zwei Stunden nach der Entleerung verstorben. Der Baumgast hinterließ eine Frau mit fünf Kindern. Der Tapeziermeister Gustav Röh glitt auf einem Neubau von der Leiter und führte so unglücklich, daß er sich einen doppelten Unterschenkelbruch zuzog. — In der Röhrenstraße führte aus der Höhe des zweiten Stockwerks der Maurer Kramann in die Tiefe. Er erlitt einen komplizierten Armbruch und schwere innere Verletzungen.

Vielefeld. Am Rathausbau scheint die Bauleitung recht leichtsinnig ihres Amtes zu walten. Vor etwa vier Wochen führte ein Gewölbe ein, das man mit zwei Wagenladungen Schalbrettern belastet hatte, obwohl die Widerlager des Gewölbes nicht dem Druck des Gewölbes entsprechend gestärkt waren. Zwei andere Gewölbe mußten durch schleuniges Absteifen der Mauern und nachträgliche Einziehung von Ankern vor dem Einsturz gerettet werden. Dem Einsturz eines vierten Gewölbes, von 2,75 m Spannweite, auf dem eine Holzbohle im Betrieb war, hat man durch Abbruch in der letzten Woche vorgebeugt, freilich erst, nachdem die Holzbohle entbehrlich geworden war.

Rassel. Am 16. August führte ein Zimmerer circa drei Stod hoch im Treppenhause eines Neubaus des Herrn Kemmer in Möhlertal herunter und erlitt schwere Verletzungen. Die Schuld trifft den Unternehmer, da das Treppenhause nicht abgedeckt war.

Leipzig. Am Rathausbau ist am 27. August der 19-jährige Arbeiter Hauer beim Aufsteigen eines eisernen Trägers aus einer Höhe von 14 Metern abgestürzt, wobei der Behälter, worin mehrere Krone- und Weindrübe und verunreinigt aus innere Verletzungen erlitten hat. Wegen der Unfälle des Unfalls, die auf den Bruch eines Balkens zurückzuführen sein soll, sind Erörterungen im Gange.

Einba u. V. Ein großes Unglück ereignete sich am Mittwoch, den 27. August, Mittags zwischen 9 und 10 Uhr, am Kaiserinnenbau. Infolge schlechten Holzes, mangelhafter Konstruktion und Überlastung des Gerüsts brach dieses und führten fünf Arbeiter circa 7—8 m in die Tiefe. Karl Benz aus Steint, Richard Miel aus Weimar, Paul Hillmann aus Hrefel, Fritz Lorgau, wurden schwer verletzt, während Karl Kemmer aus Rumbach und Maldo aus Wödmann mit leichten Verletzungen davonkamen. Der Abstand der Gelel (Nagelriegel) und somit die Spannweite der Gerüstbretter betrug 2,80 m, die Breite des Gerüsts 2,85 m. Die Gelel waren durchschnittlich im Durchmesser 10—12 cm stark, zum Teil auch noch durchbohrt. Fanggerüst war nicht vorhanden. Vier Verunglückte wurden in das hiesige Krankenhaus überführt. Lebensgefahr soll nicht vorhanden sein.

Albed. Am 26. August, Vormittags gegen 10 Uhr, ereignete sich bei dem Abbruch eines Wohnhauses an den

Hüftstraße ein schwerer Unfall. Der vordere Stiebel führte unter ungeheurem Schreien nieder und durchschlug die Balken bis zur ersten Etage. Der Bauarbeiter Hölst hat tödliche Verletzungen erlitten, denen er anderen Tages im Krankenhaus erliegen ist. — Infolge wolkensichtiger Regens führt am Neubau des Restaurants „Der Hofmann“ das Hauptgesims herab; die Eisenmassen durchschlugen die Gerüste und der Maurer Hölst, der auf dem Gerüst beschäftigt war, stürzte mit in die Tiefe. Er erlitt schwere Verletzungen und mußte nach dem Allgemeinen Krankenhaus überführt werden.

Brückenbau. Am 20. August ist eine im Bau befindliche Brücke eingestürzt, die vom rechten Jarsufer nach der Kohleninsel führen soll. Die Brückenbogen sollten aus Zementbeton mit Stahlflechtwerk hergestellt werden: Es waren bereits zwei Bogen fertiggestellt, das Stützgerüst stand noch, und man war eben im Begriff, die Betonierung der Brückenbahn zu vollenden, als Nachmittags, kurz vor 1½ Uhr, der auf der Seite des rechten Jarsufers stehende 38 m lange und 18½ m breite Bogen mit Stützgerüst, großen Quadersteinen und Betonmassen einfiel und etwa 20 Arbeiter, die auf der Brücke standen, mit in die Tiefe rief. 18 Mann wurden verletzt, davon sechs sehr schwer. Einer der Schwerverletzten, der Tagelöhner Martin Berger, starb auf dem Transport und der Tagelöhner Johann Raiser bald nach der Ankunft im Krankenhaus. Das Einstürzen des Betons mußte in großer Eile geschehen, damit die Bogen ergebundene Stöße aus einem Zug werden. Es wurde deshalb an diesem einen Bogen Tag und Nacht gearbeitet, und schon waren die Vorbereitungen im Gange, um den Beton für den nächsten Bogen in der gleichen Art aufzubringen. Um 12 Uhr hatten die Ingenieure Messungen vorgenommen, die nicht die mindeste Veränderung des Bogens, d. h. des Stützgerüsts, erkennen ließen, und wenig mehr als eine Stunde später stürzte der ganze 38 m breite Bogen mit donnerndem Getöse in sich zusammen. Ein Auflager des Gerüsts oder Stützgerüsts des Bogens war der Katastrophe nicht vorausgegangen. Das Ganze war das Werk einiger Augenblicke. Leute, die in unmittelbarer Nähe der Unglücksstelle, ja auf dem Bogen selbst sich befanden, haben nicht die leisesten Anzeichen des Einstürzes wahrgenommen. Nach Angabe der am Platze befindlichen Ingenieure der Bauleitung fehlen keine Arbeiter, und ist nicht anzunehmen, daß unter der Eile irgendwelche Arbeiter begangen sind. Die meisten Arbeiter waren, als der Einsturz erfolgte, schon auf dem anderen Bogen tätig. Nach einem umlaufenden Gerüst sollten unter dem eingestürzten Bogen Arbeiter umhergeordnet sein, um Holz zu sammeln. Dafür aber, daß ein solches Hindernis vorliegt, ist, selbst wenn die bestimmte Anzahlpunkte. Die Kasse und Schere des abgestürzten Materials erweist sich als eine sofortige Abklärung als unmöglich, auch erscheint es ausgeschlossen, daß sich unter der vorliegenden aus großen Quadersteinen bestehenden und mit Wasser durchsetzten Masse noch ein lebendes Wesen befindet. Wie die Leitung des Krankenhauses berichtet, ist der auf dem Transport verlorene Arbeiter einem Schwelbdruck erlegen; dem zweiten, der alsbald im Krankenhaus starb, war ein Bruststich eingeblutet. Von den Schwerverletzten ist ein einziger in den Mund gerungen, einem anderen hat ein Balken den Unterarm zerquetscht. Die übrigen erlitten durchwegs Prellungen, glücklicherweise keine Brüche. Vom Gerüst wurde der bediente Baueisenarbeiter Friedrich Heinrich Hämmerer beauftragt, die Räumungsarbeiten vorzunehmen zu lassen. Es ist auch bereits damit begonnen worden. Die bauleitende Firma beauftragte sofort einen ihrer Ingenieure, sowohl den Verletzten als deren Angehörigen schnellstens die erforderliche finanzielle Hilfe zukommen zu lassen. — Zu dem in der vorigen Nummer unseres Blattes mitgeteilten Unfall mit dem Gängegerüst, wobei zwei Arbeiter den Tod erlitten, wird uns geschrieben, daß das Gerüst von der Bauverwaltung geliefert wurde, der Unternehmer hatte damit nichts zu thun (ihm oblag aber doch wohl die Prüfung in Bezug auf die Sicherheit des Gerüstbaues, d. Red.). Die Reparaturarbeit ist übrigens so umfangreich, daß von vornherein die Herstellung eines Stützgerüsts erforderlich gewesen wäre, das auch für die Arbeiter die nötige Sicherheit geboten hätte. Nun, nachdem zwei Familien den Tod ihrer Erben zu beklagen haben, soll wie man hört, ein Annapelches Gerüst aufgestellt werden. Auch dies Gerüst erfüllt nicht die Ansprüche, welche die Bauarbeiter zum Schutz gegen Unfälle zu stellen verpflichtet sind. Weiter weist dieser betriebsvolle Fall auch mit aller Deutlichkeit darauf hin, daß auch die staatlichen Bauten der Aufsicht der Arbeiterkontrolle unterstellt werden müssen.

Reddinghausen. Am Sonntag, den 23. August, stürzten auf der Höhe „Augusta Victoria“ zwei beim Ausgraben eines Schottersteines beschäftigte Arbeiter ab. Beide waren sofort tot.

Schwann. Einen schweren Weindruck am Unterschenkel erlitt der Verbandskollege Johann Thiele, welcher am 27. August mit noch mehreren Kollegen an der Eisenbahnbrücke bei Benitz mit Reparaturarbeit beschäftigt war. Ein Bahnarbeiter, welcher mit dabei beschäftigt war, hatte eine Schieflatte so nahe am Gelsie liegen lassen, daß sie ihm über den Kopf und den Rücken fiel, gegen das Bein geschleudert wurde, so daß der Knochen im Unterschenkel zer splitterte wurde.

Mittelsachsen. 29. August. Bei einem Baueinsturz kamen zwei Arbeiter zu Tode, drei wurden schwer verletzt. Die „Mittelzeitung“ berichtet über das Baueinsturz. Es war am Freitag 10 Minuten vor 6 Uhr und die Arbeiter im Begriff, freibauend zu machen, als der von dem Bauunternehmer Reichs aufgeführte Neubau, ein vierstöckiges Gebäude an der Mühlenstraße neben der Gaswerkstatt des Herrn Rausche, teilweise einfiel. Die herabfallenden Trümmer begruben unter sich mehrere Arbeiter, von denen zwei bald nach dem Unglück schwer verletzt herabgezogen und mit den von Mittelsachsen requirierten Kranwagen ins Krankenhaus geschafft wurden. Mehrere Andere trugen leichtere Verletzungen davon, während noch zwei weitere bei dem Bau beschäftigte Personen, ein Zimmerlehrer Namens Friedrich aus Mittelsachsen und ein Zimmermeister Namens Eilmar aus Bismarck, unter den Trümmern begraben lagen. Sofort, nachdem sich das Unglück ereignet hatte, wurde die Feuerwehr alarmiert, welche dann auch bald zur Stelle war und in sicherer Tätigkeit bemüht war, die Trümmer der Seite zu schaffen, um die Verletzten, wenn möglich, noch zu retten. Nach 2½ Stunden, um 9½ Uhr, gelang es, den Friedrich frei zu legen und noch lebend herabzuheben. Eine eiserne Schiene hatte sich quer über ihn gelegt und auf diese Weise einen Hohlraum geschaffen, in welchem er lebend erhalten wurde. Den

Zimmerlehrer hatte man bis Nachts 1 Uhr noch nicht aufgefunden. Er dürfte kaum noch am Leben sein. Die ganze Nacht hindurch war die Unglücksstelle von Neugierigen, die von Rauch und Geruch herbeigekommen, umlagert. Worin die Ursache des Unfalls zu suchen ist, läßt sich mit Sicherheit heute kaum feststellen, doch wird sich die eingeleitete Untersuchung klären ergeben. Durch den Einsturz des Gebäudes wurde auch das Nachbargebäude, ein zur Gastwirtschaft gehörender Pferdestall, stark beschädigt. Eine spätere Meldung des „Mitt.“ lautet: Auf's Schwere verletzt ist der Maurer Hamann und Peter, leicht verletzt die Zimmermeister Grottel und Döbel, die Arbeiter Friedrich und Döbel und der Zimmermeister Rottmann, 18 Jahre alt. Als maßgebliche Ursache werden schlechter Baugrund, einseitiges Fundament und die schnelle Blierung angenommen, die zur Folge hatte, daß der Mörtele nicht genügend band.

Submissionsaufruf. Für die Lieferung und Anbringung von Gaslampen in einem Staatsgebäude in Hamburg (Gr. Bleichen) fordern Engelst & Oldenburg A. 505, Jell & Meyer A. 1150. Esch's weitere Unternehmer fordern A. 510, 580, 545, 751, 90, 806, 50 und 995. — Um die Lieferung und Aufstellung von 30 kupfernen Entlastern im Hamburger Zivilgerichtsgelände haben sich 18 Unternehmer beworben. Die Höchst. Metall-Ornamentenfabrik Leuter & Co. fordert A. 1330 und C. Maßler Hamburg A. 5220. Die übrigen Firmen, zumeist Hamburger, bewegen sich mit ihren Forderungen zwischen A. 1800 und 5000. — Für A. 2210 will Julius Derrmann Hamburg und für A. 4960 B. A. Scheringer Hamburg schmiedeeiserne Fenstervergitterungen zum Gefängnisbau in Fußschießst. liefern. Auch um diese Arbeit haben sich 18 Unternehmer beworben.

In Breslau will der Baumeister-Verein zwei Häuser errichten lassen. Heller & Gebr. Häubler wollen die Arbeiten für A. 196 191, 72 übernehmen, Ragner & Anders dagegen fordern A. 275 523, 78. A. 333 990, 96 ist die nachschätzte und A. 370 126, 66 die nachschätzte Forderung; 14 Unternehmer beteiligten sich an der Submission. — Am besten können aber doch die Herren Erbsen-Unternehmer kalkulieren. Für das Abblenden und Einbauen von 32 000 ebn Bodenmatten zur Anlage eines Rangierbahnhofs in Köln, vor dem Eisenbahn, verlangt Herr C. Wisse-Wagbeurg A. 26 200, die Firma Heilichauer & Engels in Köln-Nied. will die Arbeit jedoch für A. 6800 übernehmen. Die nachschätzte Angebote sind von zwei Firmen mit A. 15 400 gemacht, während die meisten Forderungen sich zwischen A. 7000 und 10 000 bewegen. — 19 Unternehmer traten in Wetzlar, um die Ausführung von Grabsteinen zur Erweiterung des Bahnhofs A. 15 100, 00 (Meinland). A. Bollbach-Bill. fordert A. 15 125, 90. C. Kautzsch-Bill. A. 27 659, 40.

Der schließliche Ausgang des Submissionsverfahrens wird treulich illustriert durch die Mitteilung, daß die Kosten für den Neubau des Königl. Stadthaus, welche auf 24 Millionen Mark veranschlagt worden, durch Nachforderungen und Kreditverleihungen sich bereits auf über fünf Millionen erhöht haben.

Aus Unternehmerkreisen.

Der „Norddeutsche Bauarbeiter-Verein“ hat kürzlich in Altona getagt und haben die Herren Innungsmeister ihrem Herzen einmal gründlich Luft gemacht, wenigstens so weit die bösen Bauarbeiter in Betracht kommen. Herr Zummert, der Hauptling des „Vier-Städte-Bundes“, führte natürlich das große Wort. Die Arbeiter, so meinte Zummert, hätten sich in dem „Arbeitsvertragsbund“ gründlich geäußert. Da dürfte der gute Mann aber sehr im Irrtum sein. Die Arbeiter haben von vornherein gewußt, daß Bloßm & Vogt und andere Großkapitalisten die Innungsmeister an der Stirne nehmen und sie nach Gefallen zappeln lassen würden. Weiter hat Zummert den Stamptan der „Vier-Städte-Bundes-Innungsmeister“ wie folgt entwickelt:

Ueber die Gesellen werden Personalien angelegt, Arbeitsnachweise werden errichtet und dadurch wird das „Joch der Führer, das heißt der Agenten der Arbeitnehmer“, abgeschüttelt. Die Unternehmer — pardon: „Arbeitgeber“ — wußten sich mit den Maßnahmen, die sie in den letzten sechs Jahren während der Streiks kennen gelernt haben. An Stelle des „Terrorismus“ der Arbeiter soll der „Terrorismus“ der Unternehmer treten. Das Wort „Terrorismus“ scheint dem Herrn Zummert das gefälligste in seinem ganzen Sprachgebrauch zu sein. Die „Arbeitgeber“ sollen zu der Ueberzeugung gebracht werden, daß sie zu der gegnerischen Partei, ihren bisherigen Kollegen, mit Recht sagen könnten: „Ihr braucht Euch nicht mehr; wir haben unsere Meister, die für uns sorgen.“ Für die Innungen beansprucht Zummert das unbedingte Recht des „Terrorismus“. Wenn die Innungen heute etwas beschließen, so dürfen sie nicht wortbrüchig werden, und gehen Einige dann doch ihren eigenen Weg, so müßten diese eben aus der Innung ausgeschlossen werden. Wenn die Arbeitgeber anordnen, daß die Arbeiter ruhen soll, so müßte sie überall ruhen. Die Arbeitgeberverbände müßten das sein, was sie sein wollen, Völkerverbände gegen den „Terrorismus“ der Arbeitnehmer.

„Terrorismus“ heißt auf gut Deutsch: Schrecken. Herrschaft, namentlich die Kuthaten der französischen Revolution (Königsfreunde) während der französischen Revolution (1792) wurden mit diesem Ausdruck belegt. „Terrorismus“ hat also mit den Lohnforderungen und Arbeitsentstellungen der Arbeiter nichts des Geringsten zu thun. Darauf kommt es aber auch gar nicht an. Was hier auf's Neue festzuhalten ist, ist die von einer Corporation der Unternehmer behauptete Dummheit und Unmoral. Wenn die Unternehmer beschließen, die Arbeit soll ruhen, dann hat sie überall zu ruhen. Und wer sich nicht fügt, der wird „terrorisiert“ — pardon: er wird bloß aus der Innung ausgeschlossen — so weit er darin ist, natürlich. So sagen die Innungsmeister. Wir wissen aber etwas mehr davon. Wenn ein Unternehmer sich den Beschließen der Innung (die ja nur den Beschließen des „Arbeitsvertragsbundes“ zu gehören hat) nicht fügt, dann wird von denselben Innungsmeistern, die mit Worten nicht genug über den „Terrorismus“ der Arbeiter sabbeln können, mit allen Mitteln versucht, die arbeitwilligen Unternehmer an der Fortführung der Arbeiten zu verhindern. Bei der diesjährigen Lohnbewegung in Hamburg gingen den Herren vom „Vier-Städte-Bund“ die Kranten wohl noch etwas sehr hoch. Aber unbegreiflich ist es, wie sie 1890 selbst das „jüdische“ Wirtenskapital mobil gemacht haben,

um den Unternehmern, die die Forderungen der Arbeiter be willigt hatten, die Bauschiffe und sämtliches Baumaterial zu sperren. Und nicht gar weit liegt die Zeit zurück, daß die Innungsheben in Lübeck, Kiel, Flensburg, den Unterwesertoten und anderen Städten, die alle mit Herrn Zummert dem „Terrorismus“ der Arbeiter zu Leibe gehen wollten, ihre eigenen Unternehmerngeossen in der bezeichneten Weise drangsaliert haben. Das ist natürlich kein „Terrorismus“, sondern, weil es die Innungen, die Herren „Arbeitgeber“ beschließen haben, ist es ein sehr löbliches Beginnen.

Aber wenn die Arbeiter beschließen, die Arbeit soll ruhen, um die Arbeitszeit auf ein den Arbeitern beläunliches Maß zu beschränken, den Lohn um einige Pfennige zu erhöhen, oder sonstige Wünsche auf den Arbeitsplätzen zu befriedigen; und wenn dann die Streikenden in der ihnen gesetzlich gewährleisteten Weise Einspruch zu gewinnen suchen auf die ihnen Fernstehenden — Pfui Teufel! das ist ja ganz abgcheulicher Terrorismus.

O Ihr dummen Moralpöfisten!

Reben Herrn Zummert hatte es einen Herrn Müller aus Kiel mächtig gepackt. Auch die Kieler Streikenden (nach unserer Kenntnis waren sie von der Innung ausgeschlossen) Bauhandwerker haben natürlich „Terrorismus“ ausgeübt. „Auf alle möglichen Gewerke hätten sie Druck ausgeübt, indem sie sie veranlaßten, Beiträge zu deren Streikfonds zu zahlen, im Weigerungsfalle seien die Streikenden einfach boykottiert worden. Besonders hätten die Bierbrauereien darunter leiden müssen. Sogar die Barbier (die Herren Innungsbelegten hielten sich bei dieser Mitteilung die dicken Wäucher, um nicht vor Lachen zu platzen) sind gezwungen worden, die Streikenden während der Dauer des Streiks unentgeltlich zu rasieren.“ Recht wehmütig hat es Herrn Amelom-Kiel gestimmt; daß es immer noch Meister-Kollegen giebt, die solche Leute beschäftigen, die anderwärts streifen.

Schließlich wurde folgender Antrag des Innungsverbandes der Unterwerfer angenommen: „Anträge seitens der Gesellen und Bauarbeiter, betreffend Lohn und Arbeitszeit, sind nur in den letzten drei Monaten des Jahres zulässig. Veränderungen an Lohn und Arbeitszeit sind während einer Bauperiode nicht zulässig. Lohnaufbesserungen für Gesellen und Bauarbeiter sind nur nach Verhandlungen mit denjenigen örtlichen Industriellen vorzunehmen, die, weil auf dem Weltmarkt anbietend und arbeitend, hierfür als mitbestimmend anzusehen sind. Der Bauarbeiterverein erkennt die zehnstündige Arbeitszeit im Sommer in Anbetracht der kürzeren Arbeitszeit im Winter als die gegebene an.“

Wir können den Herren Bauwerks-Innungsmeistern schon heute verraten, daß die Gesellen und Bauarbeiter — so weit ihre Verträge bestehen — sich nicht im Geringsten an die Beschlüsse „Herr Gnaden“ halten werden. Die Bauarbeiterarbeit wird ganz nach ihrem Ermessen handeln. Und wenn keine Vereinbarungen über Lohn und Arbeitsbedingungen zu Stande kommen, die den Arbeitern genehm sind, werden diese eben hineingreifen „in's volle Menschenleben“, dann, wenn es den Innungsleuten am meisten thut. In den nächsten Jahren dürfte noch manches „Joch der Innungsführer und ihrer Agenten“ abgeschüttelt werden.

Aus anderen Berufen.

* In Düsseldorf streiken die Stukkateure und Plasterer. Sie müssen sich gegen einen Lohnabzug von 10 % pro Stunde wehren. Die Arbeit wurde am 25. August eingestellt. Von den 399 beschäftigten Stukkateuren blieben nur 93 als „arbeitsfähig“ bei der Arbeit.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

* Für das Zentral-Arbeitersekretariat, welches laut Beschluß des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses am 1. Januar 1903 in Berlin in's Leben treten soll, schreibt die Generalcommission die Stellen eines Arbeitersekretärs und eines Bureaubeamten aus. Dem Arbeitersekretär liegt die mündliche Vertretung vor dem Reichs-Ver sicherungsamt ob. Das Jahresgehalt beträgt A. 2300. Der Bureaubeamte hat im Sekretariat alle schriftlichen Arbeiten, Eingaben, Registratur usw. zu besorgen. Das Jahresgehalt beträgt A. 2400. Weiter um diese Stellen haben sich bis spätestens 20. September d. J. bei der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands (C. Legien, Hamburg 6) zu melden. Der Bewerbung ist eine kurze Angabe über die bisherige Tätigkeit des Bewerbers beizufügen. Erbittniß ist ferner eine schriftliche Arbeit über die Aufgaben, welche das Zentral-Arbeitersekretariat zu erfüllen hat. Die Wahl erfolgt am 26. September.

* Eine grundsätzliche Entscheidung fällt das Bundesverwaltungsgericht. Zwischen der Innung „Bauhütte“ und der Lohncommission der Maurer ist ein Vertrag über die Lohn- und Arbeitsbedingungen abgeschlossen worden, in dem festgelegt ist, daß nur für die thätigkeitsgleiche Arbeit ein Lohnanspruch erhoben werden kann. Auf einem Bau haben nun die Arbeiter 3½ Stunden wegen Mangels an Material feiern müssen, und der Bauherr verweigerte auf Grund des Vertrages die Entlohnung. Das Verwaltungsgericht entschied, daß eine Entschädigung für die 3½ Stunden zu erfolgen habe. Der Vertrag beruhe auf bürgerlichem Recht und die Bestimmungen des Vertrages seien keineswegs als bedeutungslos bei Seite zu schieben. Unschlüssig brauche der Arbeitgeber nicht zu bezagen, wenn der Arbeiter durch einen in seiner Person liegenden Grund die Arbeit aussehe. Der vorliegende Fall liege aber anders, das Verschulden der Aussetzung der Arbeit trage der Meister, weil kein Material zur Stelle gewesen. Unter solchen Umständen müsse nach dem allgemeinen Recht, das natürlich zur Erläuterung der Bestimmungen heranzuziehen ist, für die 3½ Stunden der Lohn gezahlt werden. Nach dem Vertrage ist der Arbeiter auch verpflichtet, sich einen halben Tag zur Verfürgung des Arbeitgebers zu halten. Das habe der Stäger getan und so könne der Arbeitgeber nicht hinterher sagen, er wolle für diese Zeit nicht bezahlen. Eine solche Abmachung verstoße gegen das Recht und die gute Gite.

* Eine für Krantenkosten und deren Mitglieder wichtige Entscheidung ist dieser Tage gefällt und rechtskräftig geworden. Im Sommer 1900 wurde ein Landbesitzer in Solingen, der bereits 10 Jahre Mitglied der dortigen allgemeinen Ortskrankenkasse war, zu einer 14tägigen Mit-

tätlichen Übung einberufen. Während dieser Zeit verstarb der Mann infolge eines Schlaganfalls in der Wäner Heide und wurde auf Kosten der Militärbehörde nach Solingen gebracht und beerdigt. Die Angehörigen des Verstorbenen erhoben hierauf bei der Ortskrankenkasse Anspruch auf Zahlung des statutarischen Sterbegeldes, wurden aber seitens des Vorstandes abgewiesen, weil während der Dauer der Übung die Krankenversicherung ruhe und demzufolge für die Kasse auch keine Verpflichtung bestehe, das Sterbegeld zu zahlen, dies umso mehr nicht, als ja die Militärbehörde die Kosten der Beerdigung bestreite. Die Angehörigen des Verstorbenen strengten hierauf eine Klage beim Amtsgericht an und machten durch ihren Rechtsbeistand geltend, daß, wenn auch die Krankenversicherung durch die Übung unterbrochen sei, die Hinterbliebenen des Verstorbenen trotzdem ein Anrecht auf das Sterbegeld hätten, das ja auch den Angehörigen der Wittigler zustehe, die nach Ablauf der 13wöchigen Unterbrechungszeit sterben. Daß die Kosten der Beerdigung von dritter Seite getragen würden, habe die Verpflichtung der Kasse gegenüber ihren Mitgliedern keinen Angehörigen nicht auf. Das Amtsgericht wies indes die Klage des Vaters des Verstorbenen (Rechtlicher Vorrang verheiratet) ab, indem es sich der Ansicht des Kassenvorstandes angeschlossen. Gegen dieses Urteil wurde Berufung eingelegt und dieser Tage hat die Zivilkammer des Oberlandesgerichts den Klager das geforderte Sterbegeld zugesprochen. Der Berufungsrichter schloß sich in allen wesentlichen Punkten den feilschen Partei vorgebrachten Gründen an. Die Kosten des Rechtsstreites hat die Ortskrankenkasse zu zahlen, die auch bereits den Angehörigen des Verstorbenen — da ein weiteres Rechtsmittel nicht gegeben ist — das Sterbegeld ausbezahlt hat.

Polizei und Gerichte.

Unterbringung von Verbandsgebern. Vor dem Schöffengericht in Kiel hatte sich der frühere Vorsitzende des dortigen Zweigvereins des Maurerverbandes, Sommerfeld, wegen Unterbringung zu verantworten. Sommerfeld wurde für schuldig befunden, daß er 88 Beitragsmarken à 25 & ausgegeben und den Geld in seine Tasche gesteckt habe; ferner hat er 80 Protokolle zum Verbandskassabuch und 90 Protokolle zu seinem Kassebuch verwendet. Zu seiner Unterbringung führte Sommerfeld an, daß er mit Arbeit überhäuft gewesen sei und deshalb eine genaue Kontrolle nicht habe führen können. Der Amtsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Das Gericht erkannte auf 100 Geldbuße.

Das nicht vorhandene Spezialstatut. Die Polizei in Grünberg (Köln) verlangte von dem dortigen Zweigverein des Maurerverbandes ein Spezialstatut. Da nun aber die Zweigvereine des Verbandes keine Spezialstatuten haben, weil das Verbandsstatut durch Erwerbung der Mitgliedschaft maßgebend ist für jedes einzelne Mitglied und somit auch für jeden Verein, so unterließ die Einreichung des geforderten Spezialstatuts unter Hinweis auf den Sachverhalt. Das hinderte aber nicht die Strafverfolgung der Vereinsvorsitzenden. Sie wurden wegen Verletzung des polizeilichen Verlangens auf Grund der §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes angeklagt und vom Landgericht in Köln als Verurteilungsinhalt zu Geldstrafen verurteilt. Demnach ist es eine neue polizeiliche Aufforderung zur Einreichung von Spezialstatuten des Zweigvereins. Da die Erfüllung des Verlangens immer noch unmöglich war, so reagierte man nicht darauf. Es steht abermals Strafen und die Sache wurde wieder vor das Kölner Landgericht gebracht. Diesmal sprach es die Angeklagten frei. Es meinte, daß hier ein Dauerdelikt vorliege, wegen dessen die Leute nicht zum zweiten Male bestraft werden könnten. Selbst wenn man aber, führte das Landgericht weiter aus, den Grundbesitz ne bis in idem (wegen eines und desselben Vergehens kann Niemand zweimal bestraft werden) hier nicht für anwendbar halten wollte, so müßten die Angeklagten doch freigesprochen werden, weil es ihnen unmöglich gewesen sei, Statuten einzureichen, die nicht existierten. Die Einreichungspflicht erschöpfe sich mit der Einreichung der vorhandenen Statuten. Sei die Erfüllung unmöglich, so sei die Unterlassung nicht strafbar, es sei denn, daß die Täter die Unmöglichkeit selber verschuldet hätten, was hier nicht der Fall wäre. Vereinsstatuten seien der Ausdruck des Willens der Gesamtheit der Vereinsmitglieder, und diese seien sämtlich mit freier Willensbestimmung begabt; die Mitgliederversammlung könne etwaige Anträge der Vereinsvorsitzenden beschließen, keine schriftlichen Statuten zu normieren. — Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und machte geltend, die Angeklagten hätten dafür sorgen müssen, daß Spezialstatuten der Zahlstelle vorhanden waren. Das Statut des Zentralverbandes könne nicht als Statut des Zweigvereins Grünberg anerkannt werden. — Der Oberstaatsanwalt am Kammergericht verlangte, daß sich die Vereinsvorsitzenden zum Mindesten um die Errichtung des Statuts bemühen.

Rechtsanwalt Wolfgang Seine, der die Angeklagten verttrat, erklärte die in Betracht kommenden Rechtsfragen nach allen Richtungen. Insbesondere bekämpfte er die Auffassung, daß eine Gewerkschaftszahlstelle außer dem Verbandsstatut noch ein Spezialstatut haben müsse und daß der Vereinsvorstand für das Fehlen eines Statuts verantwortlich sei. Der Ferien-Strasensatz des Kammergerichts hob jedoch das Landgerichtliche Urteil auf und verwies die Sache mit folgender Begründung an das Landgericht zurück: Eine abnormale Strafverfolgung sei hier nicht ausgeschlossen, weil es sich um die Zulassungshandlung gegen eine neue polizeiliche Aufforderung handele. Ferner sei bezüglich der zweiten Frage im Gegensatz zum Landgericht anzunehmen, daß ein Vereinsvorstand strafbar sei, wenn er ablehnt, ein Statut, das nicht existiert, einzureichen, sofern die Pflicht zur Einreichung bestehe. Letztere bestünde hier an sich, da die Zahlstelle auf öffentliche Angelegenheiten im Sinne des § 2 des Vereinsgesetzes einzutreten bestünde. Die Vorsitzer solcher Vereine sollten durch § 2 des Vereinsgesetzes gezwungen werden, auf die Forderung von Statuten hinzuwirken. Sie machten sich strafbar, wenn sie nicht für solche sorgten. Im Notfall könnten sie ja die Amt niederlegen. Die vorliegende Sache müsse indes an das Landgericht zurückverwiesen werden, weil dieses erst die Frage klären müsse, ob nicht das Statut als faktisch existierendes Verbandsstatut zugleich als Statut der Zahlstelle anzusehen sei.

Das Kammergericht hat sich hier wieder einmal mit einer eigenen früheren Entscheidung in Widerspruch gesetzt, indem es die Vorsitzer von Vereinen im Sinne des § 2 für das Fehlen von Statuten verantwortlich machen will. Außerdem widerspricht dies einem in Sachen des Brandenburger Agitationskommissionen (Fall Dimmig) gefällten Urteil des Oberverwaltungsgerichts, das dieses ausgesprochen hat, daß die Polizei nicht die Einreichung eines nicht vorhandenen Statuts, mit anderen Worten: nichts Unmögliches verlangen dürfe.

Nun wird also das Kölner Landgericht eine höchst peinliche Untersuchung darüber anstellen müssen, ob das vom Zweigverein Grünberg anerkannte Statut wirklich das Statut des Zweigvereins ist. Vielleicht findet damit die schon bald zwei Jahre schwebende Angelegenheit ihre Erledigung.

Verschiedenes.

Die roten Bänder an der Rüsttrone brachten kürzlich das Stadtklein Eisenburg in's Moden. Der Leipziger Volkszeitung wird hierüber aus Eisenburg geschrieben: Der diesige Konsumverein ist in der angenehmen Lage, sich ein eigenes Heim zu gründen und läßt zur Zeit einen ansehnlichen Bau aufzuführen. Am Sonnabend nun feierten die dort Beschäftigten ihren Rüsttrons und hatten aus diesem Anlaß im Ballsaal der übliche Rüsttrons in Gestalt eines grünen Malbaums, bezirgt durch eine Anzahl 35 Zentimeter lange und 2-3 Zentimeter breite hellrothe Seidenpapierstreifen, ahnungslos angebracht. Lustig flatterte es auf dem Malbaum. Doch das Auge des Gesetzes wacht. Gegen 6 Uhr Abends wurde dem Vorstand des Konsumvereins anheim gegeben, die roten Schleifen zu entfernen, der Herr Bürgermeister wollte es nicht haben. Der Vorstand genannten Vereins brachte dem stellvertretenden Bauleiter den Wunsch des Herrn Bürgermeisters zur Kenntnis und die Zimmerleute glaubten die Gefahr zu beseitigen, indem sie noch eine Anzahl weiße Streifen an den Malbaum befestigten. Redoch weit gefehlt. Am Sonntag früh 6 Uhr erschienen auf dem Bau zwei Schulkinder und bemühten sich vergeblich, die roten Schleifen zu entfernen, diese hingen etwas hoch. Man gab den Plan auf, aber nur um gegen 7 Uhr in Gemeinschaft mit einer Gasse bewaffneten Rathauskassastellens wiederzukommen. Der Malbaum wurde entfernt und unter ungetrübter Heiterkeit der vom seltenen Schauspiel beobachtenden Straßenspektatoren nach dem Rathaus gebracht. Lebe und traurig steht nun der Bau, aber Eisenburg ist gereinigt.

Ein schlagfertiger Arbeiter. Bei Gelegenheit der Reparatur der alten Brücke in Heidelberg, wo zu namentlich italienische Arbeiter zugezogen waren, fragte ein Heidelberger Arbeiter einen vorübergehenden Stabverordneten, warum zu dieser Arbeit Italiener genommen wären. Auf die Antwort: „Weil ein Italiener für drei arbeitete!“ entgegnete der Arbeiter: „Denn so ist Euch doch auch ein Bürgermeister aus Köln.“ Heidelberg hat es nämlich glücklicherweise drei Bürgermeister gebracht. Der Oberbürgermeister ist als Landtagsabgeordneter in Karlsruhe; da der zweite Bürgermeister aber zugleich Professor an der Universität ist, so wird die Arbeit dem dritten wohl bald zu viel werden, und die Anstellung eines vierten Bürgermeisters wird sich nähehin machen.

Ueber die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit in den wichtigsten Industriezweigen veranschlagt der 18. Jahresbericht des Bayerischen Arbeitsamtes in einem „Die Arbeitsbewegung“ betitelten Aufsatz eine Zusammenstellung, deren Angaben im Allgemeinen auf Ermittlungen der arbeitsstatistischen Ämter beruhen. Für Deutschland, das ein solches Amt zur Zeit der Erhebungen noch nicht hatte, sind Arbeitszeitstatistiken aus den Jahresberichten der bayerischen und württembergischen Fabrikinspektoren benutzt worden. Die Zusammenstellung veranlaßt die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit für:

Australien.....	auf 8 Stb.	Schweiz.....	auf 10½ Stb.
Großbritannien.....	9	Deutschland.....	10
Der Staat. Amer.....	9½	Niederlande.....	10½
Dänemark.....	9½	Belgien.....	11
Norwegen.....	10	Italien.....	11
Schweden.....	10½	Oesterreich.....	11
Frankreich.....	10½	Russland.....	12

Das Gebiß und die Verdaunung. Der Frankfurter Zeitung wird geschrieben: Ueber die Bedeutung der Verkleinerung und des Knochens der Speisen für die Verdaunung hat Professor Lehmann, der Vorstand des hygienischen Instituts der hiesigen Universität, interessante Untersuchungen angestellt. Bis jetzt hatte man noch nie in exakter Weise die Frage zu beantworten gesucht, wie denn der Verkleinerungsgrad auf die Verdaunung einwirkt. Allerdings wissen wir, daß Menschen, die häufig kauen und schnell hinunterschlucken, oft an Magenbeschwerden leiden, ja, daß dieser Fehler oft die einzige Ursache der Beschwerden bildet. Vielfach wird auch von Ärzten und Zahnärzten beobachtet, daß ein künstliches Gebiß bei Menschen mit defekten Zähnen und infolgedessen dann niederliegender Verdaunung durch Verbesserung der Ernährung Wunder wirkt. Professor Lehmann hat nun seine Versuche gewissermaßen im Reagenzglas angestellt, indem er die gelösten Speisen einmal in Würfel von einem Zentimeter Seitenlänge, dann von einem Millimeter Seitenlänge und schließlich fein zerrieben dem Verdaunungsaft im Verdauungsgefäß aussetzte. Es wurden die verschiedenen Nahrungsmittel unter: hartgekochtes Hühnerfleisch, Fleisch, Käse, Erbsen, Bohnen, Pfannkuchen, Äpfel, gelbe Rüben, Kartoffeln und Macaroni. Aus den Versuchen ergab sich, daß der Grad der Verkleinerung der großen Würfel zu feineren für die rasche Verdaunung von großer Bedeutung ist, und daß die Zerreibung der Speisen die Geschwindigkeit der Verdaunung abermals außerordentlich beschleunigt. Bei den Speisen die ihres Zuckergehaltes wegen genossen werden, ist auch das Kochen von großer Wichtigkeit, weil einmal durch das Quellen der Stücke zu kleiner die Zellwandigkeit gesprengt werden und weil zweitens die verdauungsfähigsten Teile der Verdauungssäfte viel energischer angreifen wird. Die Verdaunung der gelösten Speisen geht etwa fünfmal rascher vor sich als die der rohen, die Verdaunung der feingekochten Speisen, zehn, ja 20 mal schneller als die der grob zerhackten Speisen. Durch Kochen und feines Zerreiben, wie bei Apfelsin und Kartoffelpurée, kann die Zuckerverdaunung auf das 80- bis 100fache gesteigert werden. Aus alledem geht hervor, wie wichtig ein gutes Gebiß und seine richtige Benutzung für die Verdaunung ist, und daß man Kranken und Schwachen möglichst feingewiegte und zerriebene Speisen reichen soll.

Eingegangene Schriften.

Die Nr. 18 des „L'Operaio Italiano“, welche mit Nr. 86 des „Grundstein“ zum Versand kommt, hat folgenden Inhalt: Emanuel III. und die italienische Politik. — Die Riesen-Unternehmer und die italienischen Streikbrecher. — Organisation und Solidarität. (Sprach.) — Eine interessante Statistik. — Noch einmal die Seelenverkäufer. — Streikbrecherführer am Pranger. — Der Verband der Schiffbauer. — Submissionswesen auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress. — Lohn- und Streikbewegung. — Vertriebenen vom Sü- und Auslande.

„Neue Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag). Das 48. Heft des 20. Jahrganges hat folgenden Inhalt: Galizien. Reiseeindrücke und Studien von J. Raski. I. — Zur Lage der Bureauverhältnisse. Von Hugo Jabbach. — Sozialpolitische Umschau. Von Emanuel Baum. — Literarische Rundschau: Ein Schweizer Bericht über Arbeitslosenversicherung. Notizen: Die Krisis in der Metallindustrie und die Berufs-genossenschaften. Feuilleton: Maurice Maeterlinck. Von Henriette Roland Holst. (Schluß.)

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Buchanstalten und Kolportage zum Preise von M. 3.25 pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Buchhandlungen ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5889 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abnominiert werden. Das einzelne Heft kostet 5 Pfennig. Probenummern liegen jederzeit zur Verfügung.

Die „Güte“, Zeitschrift für das Volk und seine Jugend (Dresden, Verlag v. Wallisch), Heft 11. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Klingelzug. Erzählung von Clara Kiebig. — Clara Kiebig. Von Franz Diederich. — Die Entstehung der Schiffschiffen. Von Wilhelm Böckle. (Schluß.) — Die Wägen. Freie Dichtungen von Nikolaus Lenau. (Schluß.) — Im Hamburger Kaiserhaus. Erinnerungen eines ehemaligen Botschafters. Von R. (Schluß.) — Die Wanderzeit. Von Adolf Braun. (Schluß.) — Spruch. Von Grotz. — Maria und Josef. Ein Bild aus der Welt von Clara Kiebig. — Der Regel 1. — Wilde Best. Aus Grotz's Briefen. — Kunstbeilage: Röntgen.

Briefkasten.

An die Verfassungen-Verichterstatter. Einige Schriftführer haben noch immer die Unart an sich, das Papier auf beiden Seiten zu beschreiben. Wir bitten wiederholt darum, dies zu unterlassen, da wir sonst die Briefe zurückweisen müssen.

Brandenburg, 2. Ihr Brief kam hier am Mittwoch Mittag an, nachdem die Nr. 86 des „Grundstein“ nicht nur schon gedruckt, sondern zum großen Theil auch schon versandt war.

Ludwigslust, 6. Wenn das Haus dem Verstorbenen gehörte, hat der Bürgermeister Recht. In diesem Falle wäre es sogar seine Pflicht, das Gräbniß seines Vaters durch die von ihm in Aussicht genommenen Maßnahmen sicher zu stellen. Ist aber das Haus Eigentum der Frau, dann kann es ja nicht infolge des Todes des Vaters dem Verbands der Tochter zugeschrieben werden. (Ob die Ehegatten auch eine Gütergemeinschaft gelehrt haben, ist übrigens aus Ihrem Schreiben nicht ersichtlich.) Jedenfalls hat das Kind schon jetzt Anrecht an die M. 6000, die nach Ihrem Briefe zu Begehren des Vaters an Hypotheken abgetreten sind. Oder gestrichelt auch dies Geld der Mutter allein? Von der Hinterlassenschaft des Vaters erbt, wenn kein Testament vorhanden ist, die Tochter als Coheirerin drei Viertel, die hinterbliebene Ehefrau ein Viertel.

Barmen, 2. Die Unterstellung, daß Sie über den Streit könnten Sie wohl auch etwas früher abenden. Ihr Bericht traf hier nach Redaktionsschluß ein, obwohl die Ereignisse, über die Sie berichten, schon mehrere Tage zurückliegen.

Zentralverband der Maurer.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Statistische Erhebungen 1902.

Von nachfolgenden Zweigvereinen waren die Fragebogen bis Dienstag, den 2. September, Vormittags 9 Uhr, noch nicht eingegangen:

Gau Berlin. Annaburg, Baruth, Beetzow, Brück i. b. M., Grotzen a. b. O., GutsMuths, Garmisch, Dahme i. M., Eiser, Goltzen, Grünberg i. B., Hennigsdorf, Gernsdorf i. b. M., Joachimsthal, Kalau, Al.-Schönebeck, Kremmen, Kropitz, Kruß, Kribbenburg, Lubitz, Ludau, Mühlberg, Nauhen, Paaren, Reppen, Schöppert, Seddin, Sternberg i. b. M., Templin, Wölkowitz, Jahn.

Gau Braunschweig. Garburg.

Gau Bremen. Brake a. b. M., Dassel, Nordenham.

Gau Breslau. Fraustadt, Freudenau, Gagnau, Gelnwalde, Landsberg, Märsdorf, Neufels, Oppeln, Ratibor, Striegau, Walsenburg, Weiswasser.

Gau Köln. Cronenberg, Düren, Stolberg, Wermelskirchen.

Gau Danzig. Gulin, Gulinsee, Dirschau, Nakel, Thörn.

Gau Dortmund. Mülheim.

Gau Erfurt. Blankenburg, Gerschwende, Mühlberg, Saalfeld, Schmalkalden, Steinach, Weimar, Wölfs.

Gau Frankfurt a. M. Alzen, Königskirchen, Oberstein, Pfungstadt.

Gau Hamburg. Dannenberg, Stellingen, Heide.

Gau Hannover. Wübbe, Gerford, Holzminnen, Dersinghausen.

Gau Leipzig. Auerbach, Grotzen a. b. Elster, Frankenberg, Froburg, Klosterlausitz, Merseburg, Naumburg, Osch, Zorge, Zeitz, Zwickau.

Gau Lübeck. Bülkow, Gölzow i. M., Krafow, Satow.

Gau Magdeburg. Altdorf, Barch, Wenden, Wonne, Gardelegen, Götze, Sangerhausen, Thale, Zerbst.

